

Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen

Perspektiven auf Bildungspraxis und
Präventionsarbeit nach dem
7. Oktober 2023

Redaktion

Bjarne Goldkuhle, Florian Hessel, Katja Kuklinski, Sebastian Salzmann

Die Analyse wurde im Auftrag des Demokratiezentrums
Nordrhein-Westfalens erstellt.

Impressum

Herausgeber SABRA

Paul-Spiegel-Platz 1
40476 Düsseldorf
www.sabra-jgd.de

Landeszentrale für politische Bildung NRW
AöR beim Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Demokratiezentrum NRW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon (0211) 884-0
demokratiezentrum@landtag.nrw.de
www.demokratiezentrum.nrw.de

Verantwortlich im Sinne des Presserechts ist die
Redaktion bzw. SABRA.

Lektorat Kai E. Schubert

Layout Lilian Wunschik

Durchführung und Auswertung der Interviews
Katja Kuklinski & Sebastian Salzmänn

Auswertung der statistischen Daten
Bjarne Goldkuhle

Urheberrechtliche Hinweise © Copyright 2026

Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nichtkommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Das Urheberrecht liegt beim Land Nordrhein-Westfalen. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

Haftungsausschluss Die Informationen in diesem Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität der Informationen über nimmt die*der Herausgeber*in keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten ist stets die*der jeweilige Anbieter*in oder Betreiber*in der Seiten verantwortlich.

Inhaltsverzeichnis

Kurzzusammenfassung	5
1. Einleitung	6
2. Antisemitismus in NRW: Die Ausgangslage	7
3. Befragungsergebnisse: Antisemitismus(-Prävention) im schulischen Kontext	8
3.1 Antisemitismus an Schulen: Eine Bestandsaufnahme	9
3.2 Aussagen von Schüler*innen im Kontext des 7. Oktober 2023	10
3.3 Antisemitismus an Schulen: Veränderungen seit dem 7. Oktober 2023	12
3.4 Herausforderungen beim Thematisieren von Antisemitismus im Unterricht	13
3.5 Gründe, aus denen Lehrkräfte seit dem 7. Oktober 2023 Antisemitismus nicht im Unterricht thematisiert haben	15
3.6 Was wünschen sich Lehrkräfte, um zukünftig effektiver mit Antisemitismus im Unterricht umgehen zu können?	17
4. Stimmen jüdischer Bildungspraktiker*innen	20
4.1 Fragestellung, methodisches Vorgehen, Stichprobe	20

4.2	Befunde: Antisemitismus im Bildungsbereich NRWs nach dem 7. Oktober	21
4.2.1	Erfahrungen von und mit Antisemitismus	21
4.2.2	Was der 7. Oktober als Zäsur bedeutet: Zwischen Isolation, Polarisierung und der Suche nach Empathie	25
4.2.3	Umgang mit Antisemitismus: „Ich habe halt viel verändert, damit ich keinen Antisemitismus provoziere.“	28
4.2.4	Geäußerte Bedarfe und Leerstellen	31
5.	Inhaltliche Auswertung der Präventionslandschaft Nordrhein-Westfalens	33
5.1	Beschreibung des Vorgehens	33
5.2	Inhaltliche Auswertung: Ergebnisse	34
5.2.1	Überblick: Thematische Ausrichtung, Formate	34
5.2.2	Inhalte und Struktur landesweiter Angebote	37
5.3	Präventions- und Bildungsarbeit in NRW: Eine Zusammenfassung	38
6.	Zusammenfassung aller Handlungsimplicationen	40
7.	Literaturverzeichnis	42

Kurzzusammenfassung

Die Bildungs- und Präventionsarbeit gegen Antisemitismus steht nach dem 7. Oktober 2023 vor der Frage, wie auf die neue Dimension antisemitischer Gewalt in Wort und Tat zu reagieren ist.

Die nun vorgelegte Studie nimmt verschiedene Bereiche der Bildungs- und Präventionslandschaft Nordrhein-Westfalens in den Blick, um den Ist-Zustand sowie zentrale Herausforderungen und Bedarfe zu identifizieren. In der Gesamtstudie fließen drei voneinander unabhängige Teiluntersuchungen zusammen: eine quantitative, anonyme Online-Befragung von Lehrkräften in NRW, qualitative Interviews mit jüdischen Bildungspraktiker*innen sowie eine inhaltliche Analyse landesgeförderter Projekte im Themenfeld „Antisemitismus“.

Die Ergebnisse zeigen erstens, dass Lehrkräfte sich deutlich mehr externe Unterstützung wünschen, um Antisemitismus im schulischen Kontext wirksam begegnen zu können. Zugleich wird sichtbar, dass antisemitische Äußerungen seit dem 7. Oktober zugenommen haben und Unterricht in zahlreichen Fällen nicht ungestört stattfinden kann. Zweitens macht die Befragung jüdischer Bildungspraktiker*innen deutlich, dass sowohl in Bildungseinrichtungen als auch im Rahmen von Präventionsangeboten häufig wenig Verständnis für die Lage jüdischer Kolleg*innen besteht, etwa durch die mangelnde Wahrnehmung individueller Betroffenheiten seit dem 7. Oktober. Geäußert wird der Wunsch, Antisemitismus in Bildungskontexten umfassend zu begegnen und nicht allein in der Arbeit mit Jugendlichen zu thematisieren. Zudem wird ein erheblicher Bedarf in der Lehrkräfteausbildung gesehen, in der das Thema „Antisemitismus“ bislang nicht ausreichend berücksichtigt sei. Drittens führt die Analyse landesgeförderter Projekte zu der zentralen Empfehlung, für die Antisemitismusprävention klare Ziele und Grenzziehungen festzulegen: Welche Methode verfolgt welches Ziel? Was bewirken einzelne Formate und wo liegen ihre Grenzen? Antisemitismusprävention ist vielfältig, jedoch nicht jedes Format eignet sich gleichermaßen, um die Funktionalität des Antisemitismus begreifbar zu machen; hier bedarf es klarerer Unterscheidungen, etwa zwischen affektiv orientierten Ansätzen, kognitiv ausgerichteter Bildung gegen und über Antisemitismus sowie phänomenspezifischen und -übergreifenden Ansätzen.

Schließlich unterstreicht die Studie, dass Ergebnisse gegenwärtiger Forschung in sämtlichen Bildungsbereichen stärker berücksichtigt werden müssen. Dazu zählen insbesondere die Relevanz des israelbezogenen Antisemitismus bzw. der Israelfeindschaft, Antisemitismus als globales Phänomen in superdiversen Gesellschaften sowie die Spezifik und Eigenständigkeit des Antisemitismus als gesellschaftliches Phänomen.

1. Einleitung

Die Massaker vom 7. Oktober 2023 markieren eine Zäsur nicht nur in der Geschichte des Staates Israel, sondern in der Historie des Antisemitismus insgesamt.

An keinem Tag nach der Schoa wurden mehr Jüdinnen*Juden ermordet¹ als in den Gewaltexzessen, die die Invasion der Terrororganisation Hamas und weiterer Gruppen in den Süden Israels begleiteten; und in deren Folge auf israelischer Seite 1.195 Personen ermordet, zahlreiche Menschen vergewaltigt und mehr als 250 Personen in den Gaza-Streifen entführt worden sind.

Die Ereignisse stellen eine Erschütterung dar, der sich nicht nur die israelische Gesellschaft, sondern auch jüdische Gemeinschaften weltweit ausgesetzt sehen (vgl. u. a. Bundesverband RIAS 2023; 2025; The Center for the Study of Contemporary European Jewry 2025). Dabei ist es nicht nur die Tatsache, dass der 7. Oktober überhaupt passieren konnte; es sind zugleich die Reaktionen auf die Taten jenes Tages – weltweit und auch in NRW.

In einem in der Nachkriegszeit bis dahin ungekannten Ausmaß hat sich dabei die Dynamik des Antisemitismus verschärft und verändert.² Dieser Ausbruch betrifft auch die Arbeit derjenigen, die in der Bildung und Präventionsarbeit gegen Antisemitismus tätig sind. Um diese Entwicklung besser verstehen und ihr begegnen zu können, hat die Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus (Jetzt: Demokratiezentrum NRW) die vorliegende Studie in Auftrag gegeben. Diese Untersuchung ist nicht nur eine Bedarfsanalyse, sondern zugleich eine Bestandsaufnahme, die Stärken identifiziert und Handlungspotenziale auslotet. Sie adressiert dabei eine doppelte Herausforderung, insofern Antisemitismus als wichtiges Thema zahlreicher Bildungsbereiche zwar öffentlich benannt wird, diese Bereiche ihrerseits jedoch nicht unabhängig von gesellschaftlichen Debatten und Stimmungen sind. Im Fokus der Untersuchung stehen daher zentral die praktische Bildungsarbeit gegen Antisemitismus sowie das umfangreiche Feld der Antisemitismusprävention in NRW.

1 Allgemein wird die Schreibweise mit Gendersternchen verwendet, um alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten zu berücksichtigen.

2 Zur Abgrenzung des Forschungsgegenstandes „Antisemitismus“ haben die an dieser Studie Beteiligten auf die Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) zurückgegriffen. Zur allgemeinen Nutzung siehe das Handbuch zur praktischen Anwendung der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus (2021).

2. Antisemitismus in NRW: Die Ausgangslage

In einer Studie, die vor rund fünf Jahren unter dem Titel *Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen: Wahrnehmungen und Erfahrungen jüdischer Menschen* (2020) von der Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit, Beratung bei Rassismus und Antisemitismus (SABRA), dem Bildungsverein Bagrut e.V. sowie der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V. veröffentlicht und von der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus/Bundeskoordination (RIAS) unterstützt und begleitet wurde, konnte deutlich herausgearbeitet werden, dass jede Veränderung der Lage im Nahen Osten ihren Widerhall bei jüdischen Gemeinden in NRW findet. Eine Eskalation dort führt zur Zunahme antisemitischer Vorfälle und zu einem stärkeren Gefühl der Unsicherheit hier vor Ort – zu diesem Ergebnis kam auch jüngst eine Forschungsgruppe der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf (Beyer & Goldkuhle 2024). Und auch 2020 berichteten bereits nahezu alle Befragten von Vorfällen, die sich gerade dort ereignen, wo Antisemitismus mit Bildung verhindert werden soll: im schulischen Raum (SABRA et al. 2020).

In ihrem Bericht für das Jahr 2024 verzeichnet die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Nordrhein-Westfalen (2025) einen Anstieg antisemitischer Vorfälle um 42 % – von 664 Vorfällen im Vorjahr auf 940.

Davon ereigneten sich 142 in Bildungseinrichtungen, was einer Steigerung von 95 % entspricht. Diese dramatische Zuspitzung macht deutlich, dass wir die Situation in diesen Institutionen besser verstehen müssen.

Schließlich liegen auch darüber hinaus Daten vor, die den Hintergrund dieser Untersuchung bilden: So konnten Beyer et al. (2024, S. 4) repräsentative Zahlen für die Gesamtbevölkerung Nordrhein-Westfalens vorlegen, aus denen hervorgeht, dass – abhängig von Erscheinungsform und Kommunikationsmodus – 8 % bis 24 % der Befragten gefestigte antisemitische Einstellungen aufweisen. Es sei daher darauf hingewiesen, dass Antisemitismus in weiten Teilen der Bevölkerung vorhanden ist, und somit auch alle Teile gesellschaftlichen Zusammenlebens erfasst oder potenziell erfassen kann. Um die Spezifik bildungsrelevanter Felder darzustellen, werden diese im Folgenden eingehend beleuchtet.

3. Befragungsergebnisse: Antisemitismus(-Prävention) im schulischen Kontext

Im Rahmen der quantitativen Teilstudie wurde eine Online-Befragung unter in NRW tätigen Lehrkräften durchgeführt³, wobei 805 Befragte für unsere Stichprobe gewonnen werden konnten.⁴ Wir haben unsere Erhebung nicht auf Lehrkräfte einzelner Fächer, die eine größere inhaltliche Nähe zum Themenfeld Antisemitismus aufweisen (wie z. B. Politik, Gesellschaftslehre oder Geschichte), beschränkt. So war es möglich, das allgemeine Klima an Schulen sowie im Unterricht besser abzubilden. Schließlich ist nicht davon auszugehen, dass z. B. antisemitische Aussagen von Schüler*innen nur in jenem Unterricht fallen, in dem Antisemitismus oder der Nahostkonflikt inhaltlich thematisiert werden (können). Bei der Darstellung einzelner (z. B. unterrichtsspezifischer) Befunde wurde allerdings die Fachzuordnung der Lehrkräfte berücksichtigt. Hierzu wurde ein Sub-Sample mit Befragten gebildet, die Geschichte, Gesellschaftslehre, Politik/Wirtschaft, Philosophie/Praktische Philosophie, Pädagogik oder Religion (katholisch, evangelisch oder islamisch) unterrichten. Von den insgesamt 805 Befragten unterrichten 150 Geschichte, 114 Gesellschaftslehre, 111 Politik/Wirtschaft, 83 evangelische Religion, 68 katholische Religion, 44 Philosophie/Praktische Philosophie, 24 Pädagogik und ein*e Befragte*r islamische Religion. Die Teiluntersuchung begreift diese Fächer für die Auswertung insofern als ‚antisemitismusrelevant‘, als sie durch ihre Inhalte eine immanente Nähe zum Thema Antisemitismus aufweisen.

3 Um eine punktuelle Vergleichbarkeit zwischen Bundesländern zu ermöglichen, haben wir bei einzelnen Items auf Frageformulierungen aus einer Befragung mehrheitlich in Hessen aktiver Lehrkräften zurückgegriffen (Schnabel 2024).

4 Die Rekrutierung der Teilnehmenden erfolgte über verschiedene E-Mail-Verteiler, soziale Medien, persönliche Weiterempfehlungen (Schneeballverfahren) sowie über Berufsverbände. Es handelt sich also nicht um eine Zufallsstichprobe. Die Ergebnisse bilden die in der Stichprobe erhobenen Einschätzungen ab; aufgrund des Stichprobenverfahrens sind sie jedoch nicht im Sinne einer statistischen Repräsentativität auf die Grundgesamtheit übertragbar.

3.1 Antisemitismus an Schulen: Eine Bestandsaufnahme

Antisemitismus äußert sich in verschiedenen Formen. Um die allgemein erfahrbare Verbreitung von Antisemitismus zu messen, differenzieren wir zwischen antisemitischen Aussagen (Beleidigungen, ‚Witze‘ usw.), antisemitischer Sachbeschädigung (Graffiti o.ä.) und antisemitischer physischer Gewalt (vgl. European Union Agency for Fundamental Rights, 2024).

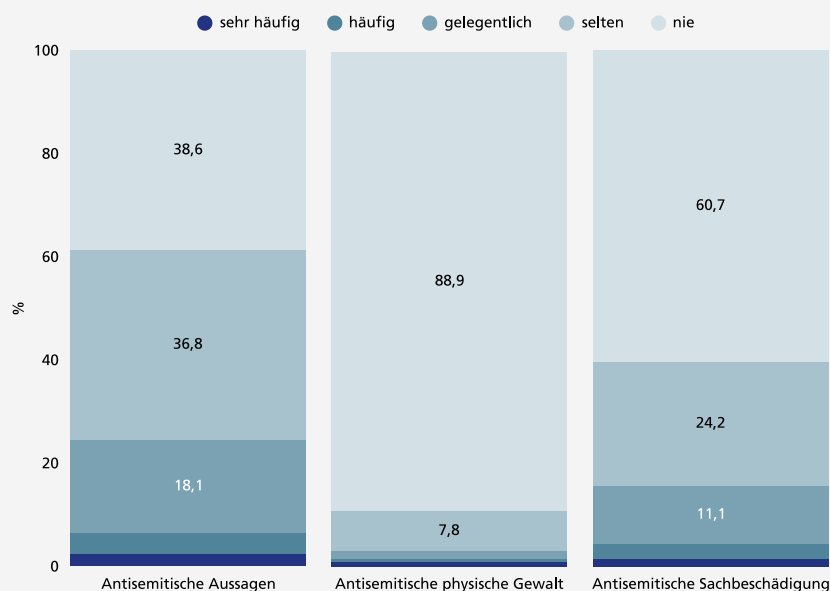


Abbildung 1:
Häufung verschiedener Formen von Antisemitismus

Abbildung 1 zeigt, wie häufig Lehrkräfte diese drei Ausprägungen des Antisemitismus derzeit an ihrer Schule beobachten. Antisemitisch motivierte physische Gewalt tritt demnach nur selten auf. Auf einer 5er Skala (1 = gar nicht, 5 = sehr häufig) liegt der Mittelwert hier bei 1,15. 89 % der Befragten gaben an, dass es antisemitische Gewalt an ihrer Schule nicht gibt. Zugleich bedeutet dies, dass 11 % der Lehrkräfte bereits antisemitisch motivierte Gewalt an ihrer Schule beobachtet haben. Häufiger als von physischer Gewalt berichten die Befragten von antisemitischer Sachbeschädigung, d. h. insbesondere Graffiti und ‚Kritzeleien‘ (Mittelwert: 1,59). Hier berichten nur etwa 60 % der Befragten, dass sie diese Form des Antisemitismus an ihrer Schule nie beobachten.

Am verbreitetsten an Schulen in NRW sind antisemitische Aussagen (Mittelwert: 1.94). Nur 39 % der befragten Lehrkräfte geben an, derlei an ihrer Schule nicht wahrzunehmen. Etwa ein Viertel der Befragten gibt dagegen an, mindestens „gelegentlich“ antisemitische Aussagen mitzubekommen. Zumindest in Bezug auf antisemitische Aussagen lässt sich daher feststellen, dass diese an vielen Schulen in NRW keine Ausnahmefälle sind – ein Befund also, der die in den vergangenen Jahren zutage geförderte Tendenz an deutschen Schulen bestätigt (vgl. Bernstein, 2020; Bernstein, Grimm & Müller, 2022; Chernivsky & Lorenz, 2020; Salzmann, 2024).

3.2 Aussagen von Schüler*innen im Kontext des 7. Oktober 2023

Da aus Sicht der Lehrkräfte die große Mehrheit antisemitischer Vorfälle von Schüler*innen ausgeht, betrachten wir im Folgenden solche Aussagen von Schüler*innen genauer, die im Zusammenhang mit Antisemitismus und dem Nahostkonflikt stehen.⁵

Abbildung 2 zeigt die Häufung verschiedener Aussagen von Schüler*innen, die im Kontext von Antisemitismus und Nahostkonflikt einzuordnen sind. Besonders verbreitet sind demnach israelfeindliche Aussagen, die von ca. 16 % der Lehrkräfte häufig oder sehr häufig vernommen werden.

Auch der antisemitisch konnotierte Genozid-Vorwurf gegenüber Israel ist an Schulen in NRW ähnlich verbreitet (15 % nehmen dies häufig oder sehr häufig wahr). Weniger verbreitet sind dagegen direkt judenfeindliche Aussagen (8 % nehmen dies häufig oder sehr häufig wahr).⁶

Angesichts des hohen Mobilisierungspotenzials des Nahostkonfliktes hat uns zudem interessiert, wie sich Schüler*innen zum Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 positionieren.

⁵ So gaben 94 % der Befragten an, dass der Antisemitismus an ihrer Schule insgesamt von Schüler*innen ausgeht. 19 % nahmen Antisemitismus von Eltern wahr und 7 % gaben an, auch im Kollegium Antisemitismus zu beobachten. Da die Befragten mehrere Antwortmöglichkeiten auswählen konnten, summieren sich die Angaben nicht auf 100 %.

⁶ Vgl. dazu auch die Befunde zu Studierenden und Hochschulangehörigen von Hinz et al. (2025).

Insgesamt vernehmen die Lehrkräfte häufiger Verurteilungen als Relativierungen desselben, wenngleich der Unterschied gering ausfällt.

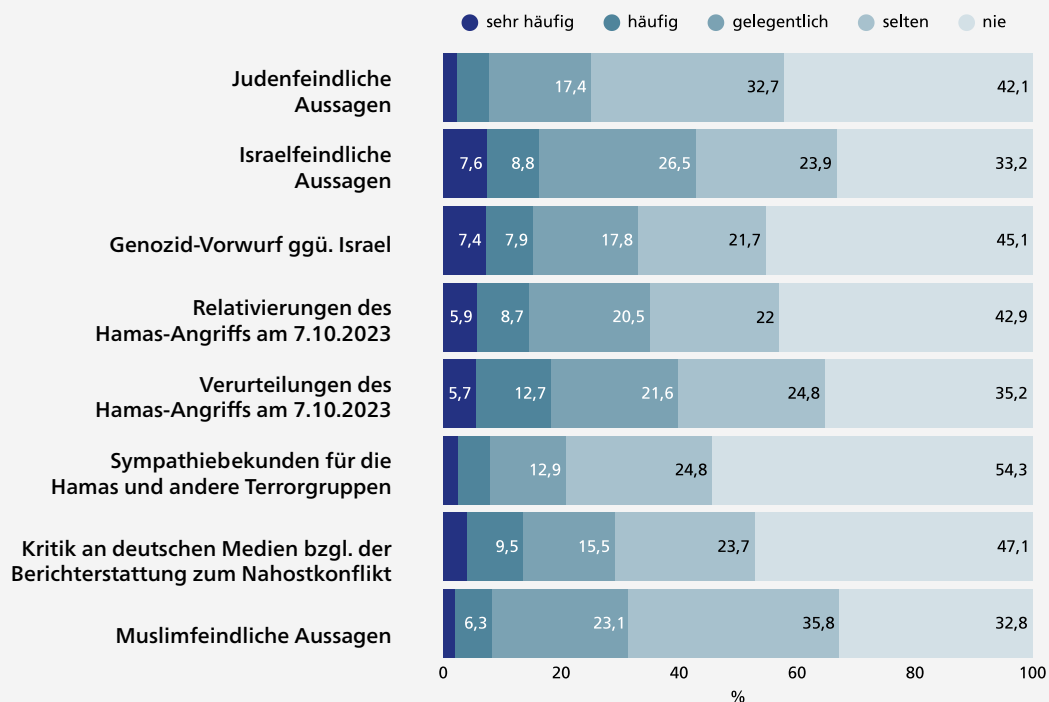


Abbildung 2:
Verbreitung verschiedener Aussagen von Schüler*innen

Hervorzuheben ist hierbei, dass nur etwa 43 % unserer Befragten derartige Relativierungen nie wahrnehmen. Offene Sympathiebekundungen für die Hamas und andere Terrororganisationen sind zwar seltener, werden aber in etwa von jeder fünften Lehrkraft häufig oder sehr häufig vernommen. Fast die Hälfte der Befragten berichtet davon, dass solche Sympathiebekundungen mindestens gelegentlich vorkommen. Um schließlich auch die Reproduktion muslimfeindlicher Aussagen in der Debatte um den Nahostkonflikt abzubilden, wurden die Lehrkräfte nach der Verbreitung solcher Aussagen gefragt. Wenngleich nur ein Drittel der Befragten derartige Aussagen von ihren Schüler*innen nicht wahrnimmt, beobachteten ca. 8 % dies häufig oder sehr häufig.

3.3 Antisemitismus an Schulen: Veränderungen seit dem 7. Oktober 2023

Der Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 wurde (und wird) von Jüdinnen und Juden weltweit als Zäsur erlebt. Uns hat daher interessiert, ob, und wenn ja, wie sich diese Zäsur auch an Schulen in NRW bemerkbar macht.

Ein wesentlicher Indikator hierfür ist die Veränderung des von Lehrkräften beobachteten Ausmaßes antisemitischer Vorfälle. **Abbildung 3** zeigt, dass diesbezüglich große Unterschiede zwischen verschiedenen Erscheinungsformen von Antisemitismus bestehen. Das bereits niedrige Niveau physischer antisemitischer Gewalt an Schulen (s. o.) hat sich aus Sicht der Lehrkräfte seit dem 7. Oktober 2023 kaum verändert. Fast ein Viertel der Befragten gab hingegen an, dass antisemitische Sachbeschädigung (z. B. Graffiti und ‚Kritzeleien‘) seit dem 7. Oktober 2023 „etwas mehr“ oder „deutlich mehr“ geworden sei (5 % sagten „etwas“ oder „stark zurückgegangen“).

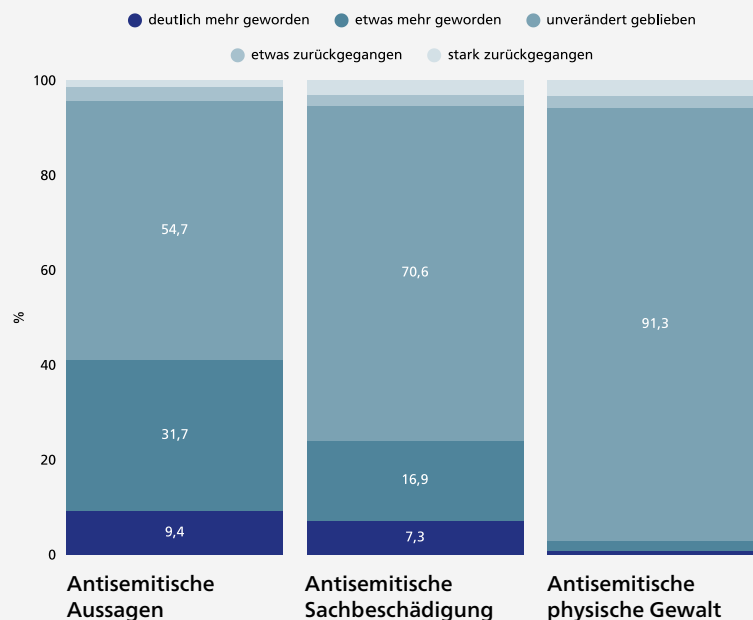


Abbildung 3:
Veränderung des Ausmaßes verschiedener Formen von Antisemitismus seit dem 7. Oktober 2023

In Bezug auf antisemitische Aussagen fällt diese Tendenz sogar noch stärker aus. Hier berichten über 40 % von einem Anstieg, wohingegen nur 4 % einen Rückgang beobachteten. Diese Zahlen bestätigen den gesamtgesellschaftlichen Befund einer vermehrten Artikulation von Antisemitismus seit dem 7. Oktober 2023.

3.4 Herausforderungen beim Thematisieren von Antisemitismus im Unterricht

Auch als nicht unmittelbar Betroffene nehmen Lehrkräfte Antisemitismus oft als Herausforderung wahr; insbesondere im eigenen Unterricht.

So berichteten 51,7 % der Befragten, die in ihrem Unterricht schon einmal Antisemitismus thematisiert haben, davon, dass sie dabei schon "herausfordernde Situationen"⁷ erlebt haben (s. Abbildung 4).⁸

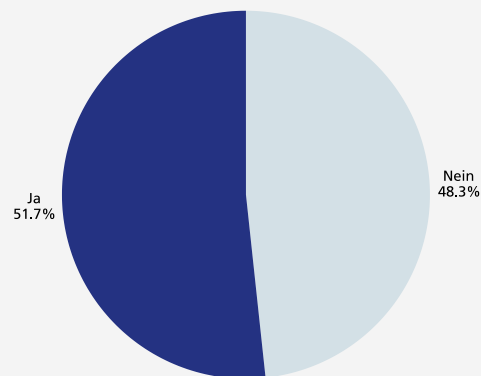


Abbildung 4:
Erfahrungen mit herausfordernden Situationen beim Thematisieren von Antisemitismus im Unterricht
(nur Befragte, die Antisemitismus bereits im Unterricht thematisiert haben)

Häufigste Herausforderung für Lehrkräfte sind demnach antisemitische Aussagen von Schüler*innen (s. Abbildung 5). Etwa 89 % aller Lehrkräfte, die grundsätzlich schon Herausforderungen beim Thematisieren von Antisemitismus im Unterricht erlebt haben, berichten von derartigen Herausforderungen. 52 % sahen sich durch Störungen des Unterrichts durch Schüler*innen herausgefordert. Andere wählbare Herausforderungen sind dagegen seltener genannt worden. Zugleich beobachteten ca. 16 % der Lehrkräfte bei sich selbst Unsicherheiten in Bezug auf Antisemitismus, die als Herausforderung bei der adäquaten Besprechung des Themas empfunden werden. Je 8 % berichten von bewusstem Fernbleiben des Unterrichts durch Schüler*innen, wenn Antisemitismus im Unterricht besprochen werden sollte sowie von Gewaltandrohungen gegen Schüler*innen durch andere Schüler*innen.

7 Bei dieser Frage haben wir bewusst auf eine geschlossene Definition von „herausfordernd“ verzichtet, um die subjektive Deutung von Erfahrungen durch die Befragten nicht von vornherein einzuschränken.

8 In unserem Sub-Sample mit Lehrkräften, die mindestens eines der antisemitismusrelevanten Fächer unterrichten, berichten sogar 60 % von derartigen herausfordernden Situationen.

Physische Gewalt von Schüler*innen gegen Schüler*innen (3 %) und gegen Lehrer*innen (etwa 1 %) sowie Gewaltdrohungen gegen Lehrer*innen (2 %) werden insgesamt zwar relativ selten beobachtet. Dass es überhaupt zu derartigen Vorfällen kommt, ist nichtsdestotrotz alarmierend und muss in zukünftigen Forschungsvorhaben sowie auch in der Präventions- und Bildungsarbeit reflektiert werden.

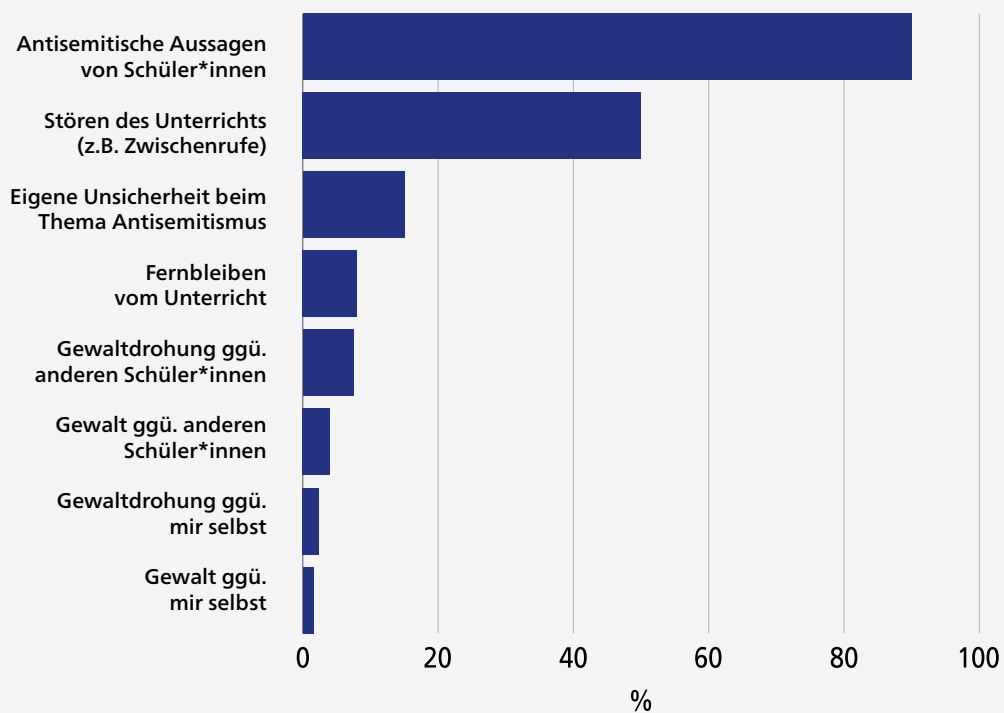


Abbildung 5:
Häufigkeit verschiedener Herausforderungen beim Thematisieren von Antisemitismus im Unterricht

3.5 Gründe, aus denen Lehrkräfte seit dem 7. Oktober 2023 Antisemitismus nicht im Unterricht thematisiert haben

Angesichts der Nachwirkungen des 7. Oktobers (z. B. in Form des Anstiegs antisemitischer Vorfälle innerhalb wie außerhalb von Schulen) stellt sich die Frage, ob bzw. wie Lehrkräfte auf die zunehmende Virulenz des Antisemitismus sowie damit einhergehende Herausforderungen reagieren.

34 % aller Befragten gaben an, seit dem 7. Oktober 2023 Antisemitismus in ihrem Unterricht *nicht* thematisiert zu haben. Im Sub-Sample mit Lehrkräften der antisemitismusrelevanten Fächer lag der Anteil nur bei 13 %.

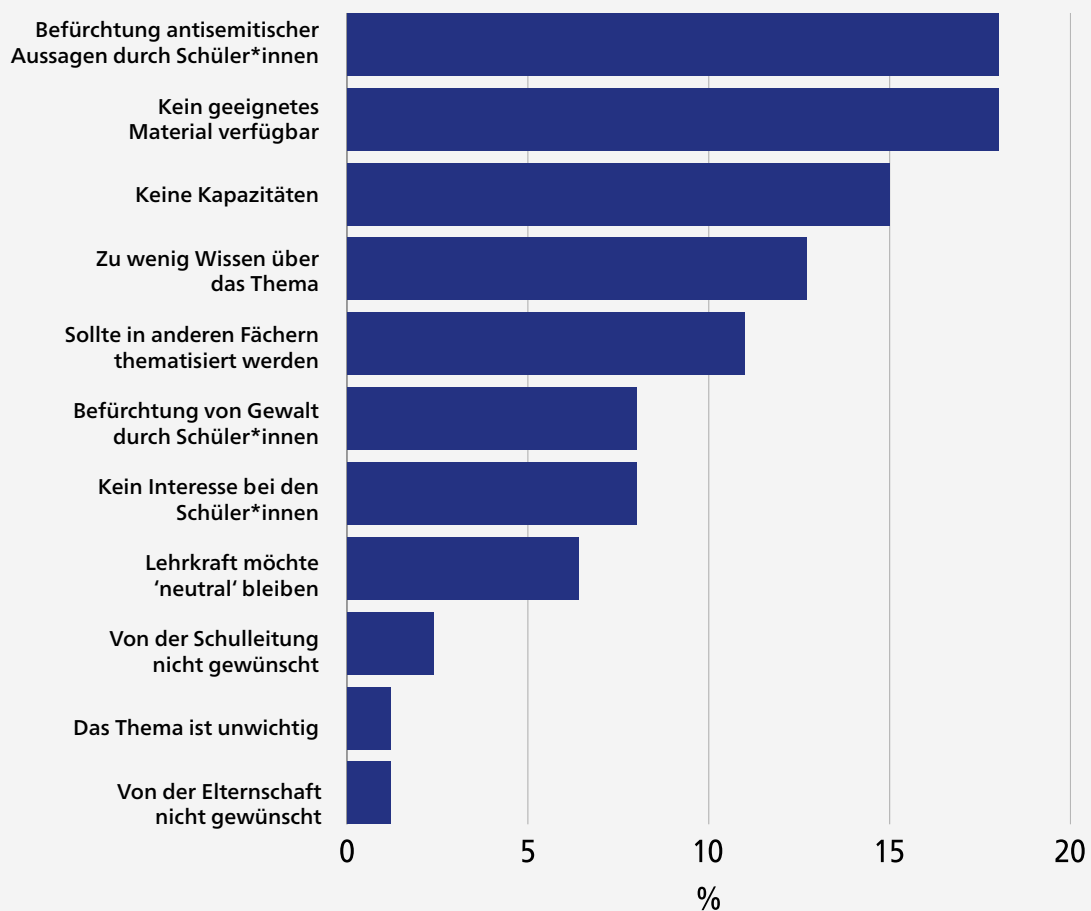


Abbildung 6:
Gründe, aus denen Lehrkräfte nach dem 7. Oktober 2023 Antisemitismus nicht in ihrem Unterricht thematisiert haben (nur Lehrkräfte der antisemitismusrelevanten Fächer)

Das Nicht-Thematisieren von Antisemitismus im Unterricht kann verschiedene Gründe haben – daher waren Mehrfachantworten möglich. Zuvorderst wurde die Fachzugehörigkeit der Lehrkräfte berücksichtigt. Eine Lehrkraft in den Fächern Sport und Musik ist diesbezüglich beispielsweise in einer anderen Situation als eine Lehrkraft der Fächer Geschichte und Politik. Im Folgenden stellen wir daher nur die Perspektiven und Erfahrungen von Lehrkräften der antisemitismusrelevanten Fächer dar (Abbildung 6).

Als größte Hindernisse einer Thematisierung von Antisemitismus (seit dem 7. Oktober 2023) erweisen sich die Befürchtung antisemitischer/diskriminierender Aussagen durch Schüler*innen sowie ein Mangel an geeigneten Lehrmaterialien. Jeweils 16 % der Lehrkräfte in antisemitismusrelevanten Fächern haben (auch) aus diesen Gründen nach dem 7. Oktober 2023 darauf verzichtet, in ihrem Unterricht Antisemitismus zu behandeln. 15 % der Lehrkräfte aus dem Sub-Sample gaben zudem fehlende zeitliche Kapazitäten, 13 % zu wenig eigenes Wissen über das Thema als Grund an. Etwa 12 % der Befragten aus dem Sub-Sample begründeten ihre Entscheidung gegen die Besprechung von Antisemitismus im Unterricht nach dem 7. Oktober 2023 (zumindest teilweise) damit, dass das Thema eher in anderen Fächern besprochen werden sollte. Die Befürchtung von Gewalt vonseiten der Schüler*innen sowie ein fehlendes Interesse bei selbigen spielten je für 8 % der genannten Befragtengruppe eine Rolle beim Verzicht auf das Thematisieren von Antisemitismus in ihrem Unterricht nach dem 7. Oktober. 7 % gaben an, dass sie (auch) aus dem Wunsch, „neutral“ zu bleiben, von einer Thematisierung von Antisemitismus abgesehen haben. Dass die Schulleitung dies nicht wünsche, spielte für 2 % der Lehrkräfte aus den antisemitismusrelevanten Fächern, die Antisemitismus nach dem 7. Oktober nicht in ihrem Unterricht thematisierten, eine Rolle. Nur je 1 % dieser Befragtengruppe verzichtete auf eine Thematisierung von Antisemitismus, da sie dieses Thema für „unwichtig“ hielten bzw. es von der Elternschaft nicht gewünscht war.

3.6 Was wünschen sich Lehrkräfte, um zukünftig effektiver mit Antisemitismus im Unterricht umgehen zu können?

Um die schulische Antisemitismusprävention effektiv und nachhaltig zu gestalten, muss auf vorhandene Leerstellen und Bedarfe reagiert werden.

Um diese zu ermitteln, sind die Perspektiven und Erfahrungen von Lehrkräften unerlässlich. Abbildung 7 zeigt, wie Lehrkräfte den Umgang mit Antisemitismus bewerten. Insbesondere bei der Politik sehen Lehrkräfte insgesamt Verbesserungspotenzial. Etwa 62 % der Befragten stimmen der Aussage „Ich als Lehrkraft wünsche mir mehr Unterstützung von der Politik“ eher oder voll und ganz zu (gegenüber 20 %, die eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen). Etwa 57 % sind zudem der Ansicht, dass sich das Kollegium intensiver mit Antisemitismus auseinandersetzen sollte, wohingegen 17 % finden, dass dies (eher) nicht nötig sei.

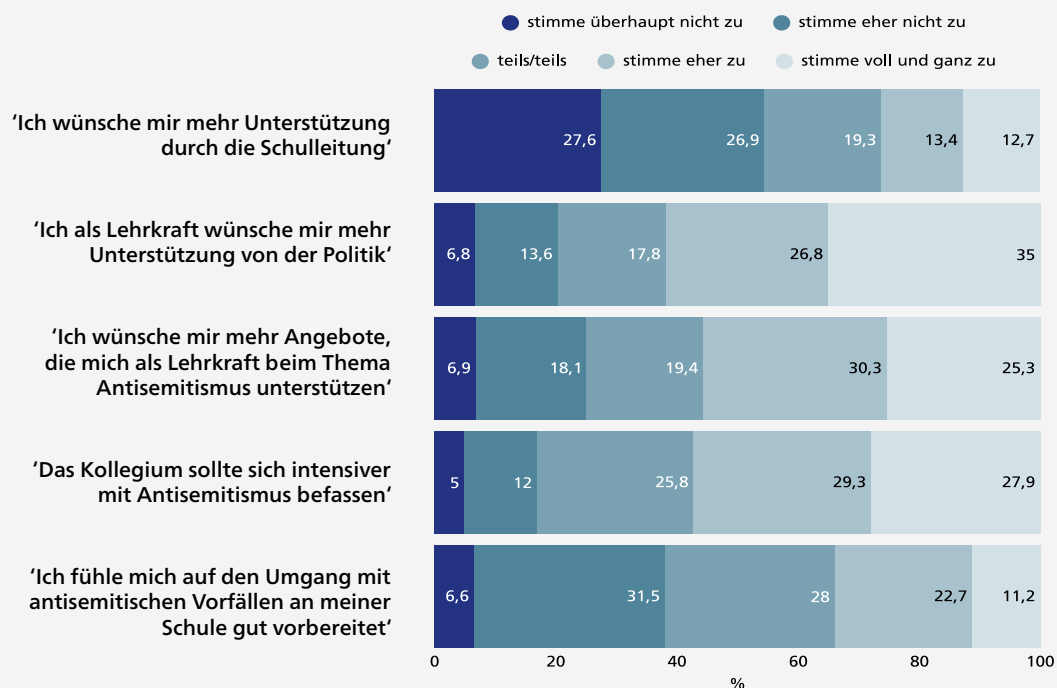


Abbildung 7:
Wünsche von Lehrkräften in Bezug auf eine effektive schulische Antisemitismusprävention

Auch in Bezug auf pädagogische Materialien und Angebote gibt es einen großen Bedarf unter Lehrkräften. So wünschen sich ca. 56 % der Befragten mehr Angebote, die sie als Lehrkraft beim Thema Antisemitismus unterstützen, wohingegen 25 % hier eher keinen Bedarf sehen.

Geringer schätzen die Befragten dagegen den Handlungsbedarf aufseiten der Schulleitungen ein. Der Aussage „Ich wünsche mir mehr Unterstützung durch die Schulleitung“ stimmten 26 % eher oder voll und ganz zu, während 55 % der Aussage eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen. Der insgesamt hohe Bedarf an Unterstützung manifestiert sich schließlich auch in der subjektiven Selbsteinschätzung die Sicherheit im Umgang mit Antisemitismus betreffend.

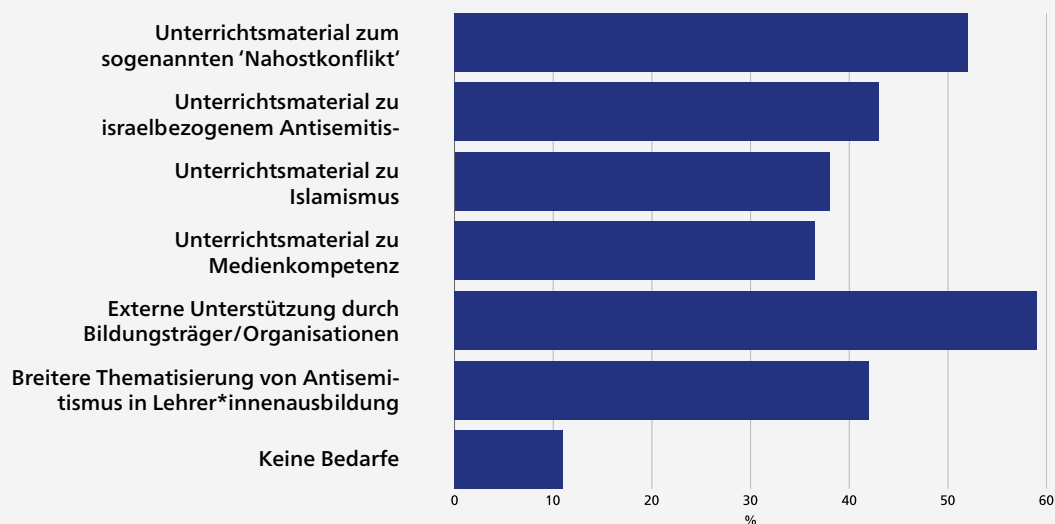


Abbildung 8:

Spezifisch pädagogische Bedarfe für einen effektiven Umgang mit Antisemitismus im Unterricht

Nur 34 % der Befragten finden eher oder voll und ganz, dass sie auf den Umgang mit antisemitischen Vorfällen an ihrer Schule gut vorbereitet sind. Auf der anderen Seite fühlen sich 38 % eher schlecht oder schlecht auf den Umgang mit derartigen Vorfällen vorbereitet.

Da mehr als die Hälfte aller Lehrkräfte von einem Fehlen unterstützender Angebote berichtet, lohnt sich ein differenzierter Blick auf derartige Bedarfe, z. B. an themenspezifischen Lehrmaterialien für den Unterricht. Wir haben die Lehrkräfte daher gefragt, was sie sich wünschen, „um zukünftig effektiv mit Antisemitismus im Unterricht umgehen zu können“.

Dabei konnten wir insgesamt einen hohen Bedarf an verschiedenen Angeboten und Materialien feststellen (s. Abbildung 8).⁹

So gaben nur etwa 11 % aller Lehrkräfte an, dass sie diesbezüglich keinen Bedarf haben. Am häufigsten (59 %) wird der Wunsch nach mehr externer Unterstützung durch Bildungsträger und -einrichtungen geäußert. Darüber hinaus sind sich viele Lehrkräfte über die Relevanz des sogenannten Nahostkonflikts für Antisemitismus auch in Deutschland bewusst. 51 % finden, dass es für einen effektiven Umgang mit Antisemitismus im Unterricht mehr Materialien zum Nahostkonflikt braucht. Ebenso wünschen sich viele Lehrkräfte mehr Unterrichtsmaterial zu israelbezogenem Antisemitismus (43 %), zum Islamismus (39 %) sowie zur Förderung von Medienkompetenz (38 %). Schließlich werden auch auf der strukturellen Ebene Leerstellen identifiziert. So finden 41 % der Befragten, dass Antisemitismus bereits in der Lehrer*innenausbildung breiter thematisiert werden müsste, damit ein effektiver Umgang damit auch im Unterricht möglich ist.

⁹ Da hier mehrere Antworten ausgewählt werden konnten, summieren sich die Werte nicht auf 100 %.

4. Stimmen jüdischer Bildungspraktiker*innen

Wie nehmen jüdische Bildungspraktiker*innen die Situation nach dem 7. Oktober 2023 in ihren jeweiligen, teils recht unterschiedlichen Bildungskontexten wahr?

Durch die Einbeziehung dieser Perspektiven konnten weitere Leerstellen identifiziert und Bedarfe ausgelotet werden. Gleichzeitig bot sich die Gelegenheit, mehr über die Auswirkungen des 7. Oktobers und die anschließende Welle des Antisemitismus in verschiedenen bildungsrelevanten Institutionen und Strukturen zu erfahren. Dabei war es ein zentrales Anliegen, auch potenziell betroffene Menschen zu Wort kommen zu lassen – sodass auch der individuelle Umgang mit antisemitischen Vorfällen untersucht werden konnte. Universitäten, Schulen oder andere Lernorte sind keine neutralen Zonen, sondern Räume gesellschaftlichen Austauschs, in denen Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt auftreten können. Neben der Diskussion über die zu vermittelnden Inhalte ist es ein Anliegen dieser Befragung, Räume des Lernens zu sicheren Orten für alle Beteiligten zu machen.

4.1 Fragestellung, methodisches Vorgehen, Stichprobe

Um jüdischen Stimmen Raum zu geben, wurden im Rahmen dieser Gesamtuntersuchung qualitative Interviews mit insgesamt neun Praktiker*innen geführt.¹⁰ Die Interviews selbst waren teilstrukturiert und orientierten sich an einem Leitfaden. Um möglichst kontrastreiche Fälle in die Interpretation einzubeziehen, wurde auf heterogene professionelle Arbeitsbereiche im Feld der Bildungs- und Präventionsarbeit geachtet. Einige Interviewpartner*innen sind Lehrkräfte an Schulen, andere freie Bildner*innen oder Dozent*innen an Universitäten. Die Akquise der Interviewpartner*innen erfolgte über öffentliche Aufrufe, direkte Ansprachen, die Nutzung von Mailverteilern und Vermittlung durch Kontakte. Bis auf ein Gespräch in englischer Sprache fanden alle Interviews auf Deutsch statt, die Mehrzahl von ihnen online, ein Drittel face-to-face. Das transkribierte Interviewmaterial wurde im Rahmen regelmäßiger Interpretationssitzungen sequenzanalytisch ausgewertet. Die Darstellung der Befunde entspricht den im Zuge der Interpretation herausgearbeiteten Themenfeldern, die in allen Gesprächen eine Rolle spielen.

¹⁰ Zum Hintergrund des gewählten qualitativen Verfahrens siehe Rosenthal (2014, S. 151-157).

4.2 Befunde: Antisemitismus im Bildungsbereich NRWs nach dem 7. Oktober

4.2.1 Erfahrungen von und mit Antisemitismus

Im Rahmen der Interviews berichten alle Befragten von antisemitischen Vorfällen. Für diese Analyse werden ihre Erzählungen auf drei unterschiedlichen Ebenen betrachtet: auf der individuellen Ebene, auf der Ebene des direkten Umfelds sowie auf der gesellschaftlichen Ebene. Zudem werden antisemitische Vorfälle, von denen die Befragten berichten, hinsichtlich der Empfindungen der Befragten dargestellt.

Aufgrund der Stichprobenzusammensetzung fand eine Mehrzahl der berichteten Vorfälle in Lehr- und Bildungskontexten statt – manche im Rahmen curricularer Kontexte, etwa schulischem Unterricht oder universitärer Kurse; andere in Workshops oder Veranstaltungen mit explizitem thematischem Fokus auf Antisemitismus. Die Befragten erlebten Antisemitismus von Schüler*innen, Studierenden, Workshop-Teilnehmenden und Personen aus dem Publikum von Bildungsveranstaltungen. Nicht immer werden die Situationen von den Befragten als antisemitisch eingestuft, jedoch zumindest mit Antisemitismus assoziiert. Mehrfach wird genannt, dass Antisemitismus reproduziert wurde.

Diese Reproduktion geschehe auf verschiedene Arten und Weisen. Zum einen wird über Stereotype gegenüber jüdischen Menschen berichtet: „Und ich höre das ab und zu auch noch von Studierenden, dass die, wenn die aus Ostwestfalen von einer katholischen Schule kommen oder so, dass da noch richtig Vorurteile über Juden verbreitet werden“ (I_3, Z. 223). Dies zeigt Spuren einer ‚antisemitischen Normalität‘ auf, die auch in Lehrkontexten eine akzeptierte Wahrnehmung zu sein scheint, der nicht viel entgegengebracht wird. So berichtet ein*e Workshopleiter*in, dass in der Diskussionsphase einer Universitätsveranstaltung eine Person mit antisemitischen Aussagen viel Raum eingenommen habe und weder von den anderen Teilnehmenden noch von der Moderation unterbrochen worden sei (I_9, Z. 332).

Viele der Befragten fühlten sich nach dem 7. Oktober in die Rolle von „Expert*innen“ für das Thema „Nahostkonflikt“ gedrängt und würden auch als Repräsentant*innen Israels wahrgenommen. Beispielsweise berichtet eine Befragte, dass sie innerhalb ihres Kollegiums „sehr viel Aufklärungsarbeit“ (I_4, Z. 257) hätte leisten müssen. In der Bildungsarbeit schlage sich das etwa dadurch nieder, dass das Sprechen über jüdisches Leben immer zu einem Sprechen über Antisemitismus führe. So sagt ein*e

Befragte*r: „Wir können auch über Rugelach¹¹ und Gebäck sprechen, aber es rutscht immer, immer, immer in Antisemitismus ab“ (I_7, Z. 145).

Insbesondere die Erscheinungsform des israelbezogenen Antisemitismus habe spürbar zugenommen. Viele Befragte berichten etwa über Mikroaggressionen und antisemitisches Othering in ihrem Umfeld, welche für Außenstehende oftmals schwerlich als Antisemitismus wahrnehmbar seien und nicht erkannt würden. Antisemitische Haltungen scheinen sich also zu einer Art ‚antisemitischer Normalität‘ entwickelt zu haben. Eine jüdische Lehrkraft berichtet, dass ihr von allen mit ihr in Kontakt stehenden jüdischen Schüler*innen schon mindestens eine Erfahrung berichtet worden sei, wie sie als Jüdinnen*Juden diskriminiert worden seien (I_1, Z. 47).

Jüdische Lehrkräfte würden zudem Gespräche zwischen Schüler*innen mithören, in denen in Nebensätzen Aussagen fielen wie: „Klar unterstütze ich die Hamas, Israel muss irgendwie vernichtet werden“ oder „Man muss Starbucks boykottieren“¹² (I_4, Z. 123 und Z. 227). Während viele jüdische Menschen in Deutschland durch das Massaker der Hamas eine Retraumatisierung erfahren, würden nichtjüdische Menschen das Ausmaß des Grauens nicht ansatzweise begreifen. Obwohl „es einen Konsens in der Schülerschaft [gebe], dass die NS-Verbrechen grausam und schrecklich waren und verurteilt werden (...), sagen die sowas wie: ‚Ja, Israel macht ja jetzt das Gleiche, die führen auch einen Genozid durch‘“ (ebd., Z. 653). Israel werde auch eine Mitschuld an den Verbrechen der Hamas gegeben (I_8, Z. 115) und damit das Täter-Opfer-Verhältnis umgekehrt. Durch die Gleichsetzung der Schoa mit den Verbrechen des Nationalsozialismus verbindet sich die Erscheinungsform des israelbezogenen Antisemitismus mit derjenigen des Post-Schoa- bzw. Schuldabwehrantisemitismus. Dies zeige sich auch daran, dass Israel eine Mitschuld an den Verbrechen der Hamas gegeben werde (ebd., Z. 115). Dass nicht nur neue, israelbezogene Graffiti wie „Nieder mit Israel“ oder „Scheiß Zionisten“ (ebd., Z. 504), sondern auch nach wie vor Hakenkreuze in Schulen präsent sind (I_4, Z. 146, Z. 578) zeigt, dass diese Formen des Antisemitismus in Bildungsräumen weiterhin deutlich sichtbar sind.

Ein häufiges Merkmal des israelbezogenen Antisemitismus ist das Messen Israels mit doppelten Standards. In Bezug auf die Bildungsarbeit erleben viele Befragte dieses auch im Umgang mit ihnen selbst. Das Mitleid mit jüdischen Menschen höre

¹¹ Rugelach sind traditionelle Hörnchen aus Teig, oftmals mit Mohn oder Schokolade gefüllt.

¹² Der Boykott von Starbucks erinnert an die Forderungen der Kampagne BDS (Boycott, Divestments, Sanctions), die unter anderem fordert, Unternehmen zu boykottieren, die in Israel Standorte haben. Siehe dazu Leemhuis (2019).

schnell auf, wenn es um heute lebende Jüdinnen*Juden gehe, die auch Antisemitismus erleben: „Man weint schon, wenn man nach Auschwitz fährt oder Schindlers Liste anschaut, aber eben nicht, wenn es um die Juden geht, die heute leben und heute mit Antisemitismus zu kämpfen haben“ (I_8, Z. 742). Auch werde insbesondere Bildungsarbeit gegen Antisemitismus mit Skepsis begegnet, wie ein*e freie*r Workshopleiter*in berichtet: „So hart in die Mangel wird keiner genommen. (...) Also wir können uns einfach keine Fehler erlauben. (...) Mein Schmunzeln wurde durchanalysiert“ (I_7, Z. 180).

Antisemitische Haltungen scheinen unabhängig vom Alter der Personen zu sein. So berichtet eine Lehrperson, dass in ihrem Unterricht der sechsten Klasse zwölfjährige Schüler*innen die Worte „Free Palestine“ hineingerufen hätten, als es um Judentum im Mittelalter gegangen sei (I_4, Z. 128). Auch in einem Workshop für ältere Menschen sei es zu Antisemitismus gegenüber der*dem Leiter*in gekommen: „Weil die wirklich sehr, sehr alt waren, also wirklich alt. Und da ist das entweder süß und schön oder dann sagen die so Sachen wie: ‚Also zu meiner Zeit hätten Sie hier nicht stehen können oder hätten wir Sie weggeknallt‘“ (I_7, Z. 127).

Teilweise werde den Befragten „sehr viel Druck und sehr viel Hass“ (ebd., Z. 314) in Lehrkontexten entgegengebracht; insbesondere, wenn es explizit um das Thema Antisemitismus geht: „An einer Schule habe ich auch Bildungsarbeit geleistet. (...). Also wirklich, die ersten Reihen (...) saßen mit überkreuzten Armen und die Stimmung war sehr sehr, sehr aufgeheizt, voller Druck“ (ebd. Z. 328). Antisemitische Vorfälle würden also von starken emotionalen Reaktionen bis hin zu Ignoranz, Desinteresse und Abwehrreaktionen reichen: „Am Ende eines Workshops [meinte] ein Teilnehmender (...) dass er (...) nicht uneingeschränkt gegen Antisemitismus sein kann, beziehungsweise (...) nicht uneingeschränkt solidarisch sein kann“ (I_9, Z. 942).

Auf einer gesellschaftlichen Ebene habe einerseits der alltägliche Antisemitismus gegen Jüdinnen*Juden zugenommen, die sichtbare jüdische Symbole in der Öffentlichkeit tragen würden (I_1, Z. 662, Z. 671; I_5, Z. 531). Auf der anderen Seite habe sich der antisemitische Hass insbesondere in den Sozialen Medien massiv verstärkt. Jüdische Studierende und Lehrende hätten Schweins-Emojis zugeschickt bekommen und seien aus WhatsApp-Gruppen ausgeschlossen worden (I_6, Z. 235; I_7, Z. 518). Auch auf Instagram und Facebook hätten die Befragten sowohl im privaten als auch im beruflichen Kontext Hassnachrichten erhalten (I_9, Z. 282; I_7, Z. 473). Zudem sei auch die Berichterstattung deutscher Medien nicht frei von Antisemitismus und Sorge damit auch für eine Belastung jüdischer Menschen (I_8, Z. 156).

Bei den Befragten würden die antisemitischen Vorfälle mitunter starke emotionale Reaktionen hervorrufen. Einige hätten am 7. Oktober 2023 enge Freund*innen oder

Verwandte verloren und würden insbesondere durch den Israelbezug des erlebten Antisemitismus Angst, Unsicherheit und Isolation erleben – sowohl im Kontext ihrer Tätigkeit in der Bildung als auch in privaten Räumen. Sie fühlen sich häufig allein gelassen und nehmen „den steigenden Antisemitismus weltweit als was wahr, was die Räume immer kleiner macht“ (I_5, Z. 590). Die Befragten äußern, dass sie eine gesteigerte Aufmerksamkeit bei dem Thema Israel wahrnehmen (I_6, Z. 155) und zugleich den Eindruck haben, als Betroffene gar nicht mehr zu Wort kommen zu können (I_5, Z. 179). Dies führe unter anderem dazu, dass sie Orte, Themen und Menschen meiden und sich von diesen distanzieren. Ebenso scheinen sie ihre jüdische Identität zu verstecken: „Für mich ist das so, dass ich als Tutor und auch im Praktikum eigentlich gar nicht so häufig gesagt habe, dass ich jüdisch bin“ (I_6, Z. 100). Eine der belastendsten Erfahrungen für die Befragten sei, dass sie ihre Gefühle nicht öffentlich ausleben könnten, ohne Antisemitismus zu erleben. Insbesondere betreffe dies das Gefühl der Trauer: „Weil wir halt nie einen Raum gekriegt haben, um zu trauern. Wir dürfen noch nicht mal öffentlich trauern“ (I_5, Z. 722, Z. 738).

Diese Wahrnehmung antisemitischer Dynamiken ist eng mit dem 7. Oktober verknüpft; im folgenden Abschnitt soll daher die individuelle Bedeutung, die mit diesem historischen Ereignis korrespondiert, betrachtet werden.

4.2.2 Was der 7. Oktober als Zäsur bedeutet: Zwischen Isolation, Polarisierung und der Suche nach Empathie

Der 7. Oktober 2023 markiert eine globale Zäsur, welche auch im lokalen Nahbereich der Befragten ihren Ausdruck findet. Im Rahmen der Interviews konnte Erzählungen Raum gegeben werden, welche die damit zusammenhängenden konkreten Bedeutungen, die diese Zäsur ausmachen, zum Inhalt haben.

Wie tritt der Bruch des 7. Oktobers insbesondere in
Bildungskontexten und im Alltag der Interviewten zutage?
Und welche Folgen und Entwicklungen werden hier für die
verschiedenen Ebenen – also für die einzelnen Befragten, ihr
Arbeitsumfeld und das gesellschaftliche Klima – benannt?

Zunächst betonen einige Befragte ein Moment der Vereinzelung. Ein*e Lehrer*in berichtet zum Beispiel von einer beiläufig gestellten Frage, die ihr diese bewusst machte: „„ Und wie war es bei dir in den Herbstferien?’ Und ich habe so zwei Wochen lang hier geweint auf dem Sofa und alle waren irgendwie so zurück in die Normalität gekommen“ (I_4, Z. 251-253). Es entsteht bei einigen Interviewten der Eindruck, dass der Bruch und die Erschütterung für niemanden sicht- oder spürbar seien – außer für sie selbst und das eigene (jüdische) Umfeld.¹³ Diese Tendenz bleibe auch mehr als ein Jahr nach dem 7. Oktober für einige Befragte spürbar: „[Der Antisemitismus] wird einfach immer seltener thematisiert und man kehrt irgendwie wieder zurück zu normal. Also als würden sich die Wasser wieder beruhigen und dieser ganze Schmutz wieder sich so am Boden absetzen“ (I_8, Z. 289-291). Obwohl oder gerade weil es bei dieser befragten Person Kolleg*innen gab, die mit ihr über die Situation in Israel sprachen (ebd., Z. 287), wird das plötzliche Verblassen der ohnehin prekären Anteilnahme spürbar, welche auch nicht die einzige Reaktion innerhalb ihres Arbeitsumfelds auf die Ereignisse in Israel darstellte: „[B]is zum 7. Oktober hätte ich niemals vermutet, dass es solche Diskrepanzen gibt. Also dass es wirklich israelbezogenen Antisemitismus im Kollegium gibt und dass ich da so mit diesem Thema so allein gelassen werde“ (ebd., Z. 251-253).

Es gibt einen gefühlten Abstand zwischen den eigenen Reaktionen auf den 7. Oktober und denjenigen zahlreicher Mitmenschen. Auch in Hochschulkontexten wird

¹³ Siehe dazu die Ausführungen zur „Perspektivendivergenz“ von Chernivsky und Lorenz-Sinai (2022).

diese Distanz zum sozialen Umfeld greifbar – sogar in Zusammenhängen, in denen es nicht zu antisemitischen Aussagen kommt: Eine*r der Befragten erzählt davon, wie sie kurz nach der Invasion der Hamas mit Studierenden darüber spricht, dass „dies [...] der Anfang einer schwierigen Zeit [sei]. Und die nichtjüdischen Studierenden haben das nicht gleich kapiert“ (I_3, Z. 42-43). Viele Menschen scheinen nicht zu verstehen, dass für die Befragten nichts mehr „normal“ ist.¹⁴ Diese Erfahrung verlängert und chronifiziert den Schock des 7. Oktobers, insbesondere dann, wenn gerade vom eigenen Umfeld etwas anderes erwartet wurde.

Auch in der außerschulischen Bildungsarbeit berichten Interviewpartner*innen von Aussagen, die einerseits die oben genannte Vereinzelung verstärken, andererseits eine neue Facette der Leugnung antisemitischer Gewalt darstellen: „Dann ist das schon mal zu der Situation gekommen, dass ein Teilnehmender meinte, dass er das nicht glaubt, dass das wirklich so passiert ist am 7. Oktober“ (I_9, Z. 181-182).

In wenigen Fällen hing der Weg in die antisemitismuskritische Bildungsarbeit selbst mit dem Erstarken antisemitischer Tendenzen nach 2023 zusammen: „[E]s wird schwieriger, überhaupt als Jüdin irgendwie ja in einem Umfeld arbeiten zu können, das halt zumindest deine Existenz irgendwie nicht aktiv bedroht oder leugnet“ (I_5, Z. 362-362), sagt zum Beispiel eine Interviewpartnerin.

Zu diesem subjektiven Erleben eines Einschnitts im eigenen beruflichen Umfeld kommt die Konfrontation mit dem, was „Bedrohung durch Polarisierung“ genannt werden kann. Diese bezieht sich einerseits auf die Verhandlung des Themas Antisemitismus: Die klare Benennung antisemitischer Gewalt muss vielfach eingefordert werden oder bleibt verweigert (siehe Abschnitt 2.1); andererseits nimmt die Angst zu, auf genau diesen Missstand hinzuweisen. Dieses Dilemma führt teilweise zu einer enormen Verunsicherung angesichts einer Debatte, welche stark von Emotionen und Vorstellungen geprägt ist, die einen starken Zusammenhang mit antisemitischen Einstellungen aufweisen. So sagt zum Beispiel eine befragte Person: „Ich würde schon sagen, Israel ist so ein Provokationsfaktor an Schule geworden. Das war vorher definitiv nicht so“ (I_4, Z. 204) – gleichzeitig weist ein*e Interviewpartner*in darauf hin, dass auch die Schulleitung Angst vor einem „Konfrontationskurs“ habe, das heißt dazu tendiere, gegenwärtigen Antisemitismus lieber nicht zu besprechen (I_8, Z. 306). Auch ein*e andere Interviewpartner*in stellt fest, „dass Leute halt

¹⁴ Eine Interviewte merkt an, dass gewisse Faktoren, die bereits vor dem 7. Oktober eine Rolle gespielt hätten, immer noch präsent sind: Gemeint ist die latente Bedrohung durch eine in verschiedenen Umfragen erstarkende nationalistisch-autoritäre Rechte, namentlich die Alternative für Deutschland (AfD) (ebd., Z. 356ff.) – wobei sich die Tendenz einer wahlweise anteilnahmslosen bis feindseligen Umwelt in den meisten Interviews nicht auf einzelne extremistische oder weltanschauliche Spektren beschränkt.

schon getriggert werden von dem Wort Antisemitismus“ (I_5, Z. 284). Es zeigt sich in einigen Interviews, dass mitunter das Gefühl vorherrscht, gegen Widerstände anzuarbeiten. Was nicht kontrovers sein sollte – die Thematisierung antisemitischer Gewalt –, wird für die Befragten zur belastenden Entscheidung: Schweigen oder Sprechen. In Bezug auf den 7. Oktober und seine Folgen zeigt sich, dass gerade die Thematisierung zu einer direkten Konfrontation mit Leugnung oder Bagatellisierung antisemitischer Handlungen führt; hinzukommt die dämonisierende Mobilisierung des Genozidvorwurfs:

„Sie war (...) so krass emotional involviert [...] und hat es halt voll als persönlichen Angriff gesehen, dass wir überhaupt irgendwie es wagen zu sagen: So, man muss halt differenziert bei dem Thema berichten. (...) Aber die ist dann halt direkt reingegrätscht mit: Ja, aber wie könnt ihr denn dann Genozid leugnen?“ (ebd., Z. 852).

Dabei ist es für die meisten Befragten von zentraler Bedeutung, nicht nur eigene Betroffenheiten zu thematisieren: Stets wird auch die Notwendigkeit betont, über den eigenen Tellerrand zu blicken und eine empathische Haltung gegenüber allen Mitmenschen zu kultivieren (I_4, Z. 285; I_3, Z. 92, Z. 205; I_5, Z. 728). Jede Form der Gewalt ernst zu nehmen, wird auch in der Betrachtung größerer Kontexte zu einem Prüfstein des eigenen Handelns. Wenn es etwa bei einer befragten Person heißt, „[d]er Nahostkonflikt ist kein Fußballspiel.“ (I_4, Z. 187), so könnte dies den Versuch darstellen, einer polarisierenden Betrachtungsweise jenes Konflikts auszuweichen. Auf eigene Verletzungen hinzuweisen, bedeutet nicht, die der anderen Menschen auszublenden oder abzuwerten. Ein*e Interviewte*r weist ferner darauf hin, dass er*sie angesichts der Entwicklungen nach dem 7. Oktober jeglicher Form von Antisemitismus klarer entgegentritt, also gerade jenen Stimmen, die Antisemitismus lediglich zu einem Problem „von Einwanderern“ verklärten (I_3, Z. 219). Empathie, so könnte festgehalten werden, solle jenseits identitärer Selbst- und Fremdzuschreibungen gelebt werden, andernfalls sei sie in ihrer Exklusivität ausgrenzend und verletzend. Obwohl viele Interviewpartner*innen zu diesem oder einem ähnlichen Schluss kommen – den sie auch auf die eine oder andere Weise praktizieren –, bemängeln sie das Fehlen ehrlicher Empathie gegenüber jüdischen Kolleg*innen und Gemeinschaften. Durch die Betonung der Notwendigkeit von Empathie leben viele gewissermaßen vor, was sie sich für Jüdinnen*Juden wünschen.

4.2.3 Umgang mit Antisemitismus: „Ich habe halt viel verändert, damit ich keinen Antisemitismus provoziere.“

Die Befragten gaben unterschiedliche Strategien im Umgang mit Antisemitismus an. Fast alle berichteten, dass sie sich in ihrem beruflichen Umfeld angepasst hätten. Dies liege zum einen an dem deutlich emotionaleren Umgang der Schüler*innen, Studierenden und Workshop-Teilnehmenden mit Themen, die mit Jüdinnen*Juden, Israel oder Antisemitismus assoziiert würden. Zum anderen liege es an Sicherheitsbedenken der Betroffenen.

Die Umgangsweisen reichten von größerer Vorsicht in der Lehre (I_3, I_6) über Humor bis hin zum Bewahren von Ruhe und eines „kühleren Kopfes“ (I_6, Z. 493). Mehrfach erwähnten verschiedene Befragte, dass sie sich mit dem Themenfeld des Antisemitismus mehr beschäftigen würden – vor allen Dingen betrifft dies die tagesaktuellen Entwicklungen des Krieges zwischen Israel und der Hamas. Aus der Erfahrung, „so hart in die Mangel (...) genommen“ (I_7, Z. 180) zu werden, reagieren die Befragten in ihrem beruflichen Umfeld der Bildungsarbeit mit umso größerer Professionalität. Sie versuchen, „immer tagespolitisch aktuell auf dem neuesten Stand zu sein“ (I_4, Z. 181), sich „vorher immer noch mal die Zahlen von RIAS¹⁵“ (I_7, Z. 161) anzuschauen, gründlich zu recherchieren und Inhalte so vorzubereiten, „dass sie auch plausibel sind und stringent und überzeugend“ (I_8, Z. 151). Eine Befragte gab an, dass sie auch keine Scheu davor habe, mögliche antisemitische Straftaten in ihrem beruflichen Kontext über Fotos, Videos und Screenshots zu dokumentieren, zu melden und anzuzeigen (I_7, Z. 653).

Diese Vielzahl an Strategien, die verschiedene Befragte anwenden, kann ein Zeichen dafür sein, sich selbst zu schützen, aber auch, ein bestimmtes Bild auszugleichen. Als Jüdinnen*Juden in der Bildungsarbeit sind sie selbst von Antisemitismus betroffen. Sie scheinen durch die besonders ausführliche Recherche und die Vorsicht bei dem, was sie sagen und tun, einem internalisierten Verdacht entgegenwirken zu wollen. Oftmals trauen sie sich nicht, ihre Meinung im beruflichen Kontext darzulegen. Dies betrifft jedoch nicht nur diesen: auch in privaten Räumen oder in der Öffentlichkeit haben die Befragten den Eindruck, nicht frei über ihr jüdisches Leben oder Antisemitismus sprechen zu können.

15 Gemeint ist die „Recherche und Informationsstelle Antisemitismus“ in NRW.

Eine interviewte Person erzählt darüber, wie sie mit jüdischen Freund*innen in der Öffentlichkeit kommuniziert:

„Also zum Beispiel, wenn wir über Israel sprechen, sagen wir I-Land (...). Wenn wir über bestimmte jüdische Sachen sprechen, dann (...) ersetzen wir die Wörter in irgendwas. Hamster anstatt Halle oder [sagen nicht,] wir gehen in die Synagoge (...), sondern wir gehen ins Kino“ (I_7, Z.581).

Auch eine Lehrkraft, der vorgeworfen wurde, am Sonntag den christlichen Ruhetag zu stören, indem sie E-Mails schreibe, entschied sich, eine digitale Zeitschaltuhr für ihre E-Mails zu verwenden, damit diese erst am Montag gesendet würden (I_1, Z. 250). Diese beiden beschriebenen Umgangsweisen könnte man als Selbstzensur beschreiben. In Erwartung antisemitischer Vorfälle entscheiden sich die Befragten, ihr Handeln anzupassen, um keinen Antisemitismus erleben zu müssen – entweder, weil dies in der Vergangenheit bereits passiert ist oder weil sie über andere Jüdinnen*Juden bereits Erfahrungswerte gesammelt haben. Beispielsweise betrifft das Berichte jüdischer Menschen, die Antisemitismus erlebt haben, weil sie in der Bahn Hebräisch gesprochen haben.

Diese Selbsteinschränkung führt zugleich zu einer geringeren Sichtbarkeit jüdischen Lebens im Alltag. Viele der Befragten gaben an, aus Sicherheitsbedenken und aus Selbstschutz nach dem 7. Oktober ihren Davidstern, Merchandise jüdischer Organisationen oder Kleidung mit hebräischen Schriftzeichen abgelegt zu haben. Eine Befragte schrieb in der S-Bahn an ihrem Laptop ein Textdokument auf Hebräisch, woraufhin sie von muslimisch gelesenen Jugendlichen angesprochen wurde, die lediglich interessiert waren. Als sie diese Situation einer israelischen Kollegin erzählt habe, habe diese sie für verrückt erklärt und ihr gesagt, sie müsse lernen zu lügen (I_1, Z.703). Innerhalb der jüdischen Gemeinschaft haben sich also schon Erfahrungswerte herauskristallisiert, die weitergegeben und innerhalb der Community gespiegelt werden.

Einige Befragte würden sich nicht mehr als Jüdinnen*Juden offen an der Schule zeigen (I_4); eine Interviewpartner*in beschreibt dies als „ein[en] krasse[n] Rückzug und eine krasse Leugnung der eigenen Person“ (I_5, Z. 537). Die befragte Person fühlt sich also gezwungen, ihre jüdische Identität zu verstecken. Eine weitere befragte Person gab sogar die Bereitschaft an, aus Deutschland wegzuziehen, falls der Antisemitismus für sie nicht mehr aushaltbar wäre: „Wenn es dazu kommt, dass ich mich irgendwie verstecken muss, dann ist Deutschland einfach nicht mehr der Raum, wo ich leben will“ (I_8, Z. 652). Diesen Zwiespalt auszuhalten, hat bei dieser Person

zu einer so starken psychischen Belastung geführt, dass sie sich „in psychologische Betreuung begeben habe, weil ich es einfach anders nicht ausgehalten hätte in der Schule“ (ebd., Z. 256).

Zu der Unsichtbarmachung aus Angst vor antisemitischen Vorfällen zählt nicht nur das Leugnen der eigenen Identität oder das Ablegen jüdischer Symbole, sondern auch das Vermeiden von Räumen, an denen Vorfälle passieren könnten. Zum einen sind das „Ecken oder Uhrzeiten (...), [an denen sie] nicht unbedingt mit einem Davidstern überall auf der Straße rumlaufen“ (I_8, Z. 652) würden. Auf der anderen Seite können dies auch Diskussionsräume oder Beziehungen sein, aus denen sich die Befragten zurückziehen. In Bezug auf den beruflichen Kontext gibt eine Person an, dass sie „nicht weiter so viel in der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit arbeiten [möchte], weil ich schon das Gefühl habe, dass es allen auch schon noch mal einiges mehr abverlangt“ (I_5, Z. 690). Die Person überlege sich genauer, ob sie die Aufträge annehme, da es ihr immer schwerer falle, Diskussionen im Rahmen ihrer Arbeit zu führen. Gerade für Personen in der freien Bildungsarbeit kann somit die Belastung des immer erwartbaren Antisemitismus auch zu realen finanziellen Einbußen führen.

Doch auch im privaten Umfeld berichten die Interviewpartner*innen von Rückzug aus vielen Freundschaften und gleichzeitiger Angst vor neuen Begegnungen (I_5): „Und ich finde, wenn ich Menschen begegne, auch sehr anstrengend, dass mein Hinterkopf direkt die erste Frage [stellt]: Voll die nette Person. Was denkt die wohl über Israel? Was denkt ihr über Juden?“ (I_7, Z. 606). Sobald sie spüren, dass eine Diskussion mit ihrem Gegenüber zu diesen Themenfeldern anstrengend und aussichtslos wird, fangen sie entweder gar kein Gespräch an (I_8, Z. 601) oder beenden es schnell (I_7, Z. 689). Eine Interviewpartnerin fasste ihren Umgang mit Antisemitismus in bezeichnenden Worten zusammen: „Ich habe halt viel verändert, damit ich keinen Antisemitismus provoziere“ (ebd., Z. 555). Der Anpassungsprozess findet also nicht ausschließlich nach antisemitischen Vorfällen statt, sondern beginnt bereits in der Antizipation dieser. Da sich die Situation in Bezug auf das Erleben von Antisemitismus nicht bessert, sondern im Gegenteil, immer mehr verschlimmert, entscheiden Betroffene, ihr eigenes Verhalten anzupassen.

Während die Beziehung zur nichtjüdischen Außenwelt immer herausfordernder wird, tendieren viele Befragte dazu, mehr Kontakte in die jüdische Community zu suchen. Nach dem 7. Oktober hätten sich viele jüdische Menschen untereinander gefragt, wie es ihnen gehe (I_1, I_7). Die jüdische Identität habe auch im Bildungssystem Personen unterschiedlicher Hierarchieebenen zusammengebracht, wie eine Person aus der Lehre berichtet: „Und dann habe ich nachher noch zusammengesessen mit der jüdischen Studentin in dem Kurs und ihre Großmutter war gerade in

Israel und hatte Angst“ (I_3, Z. 48). Eine andere Befragte gab an, sich deutlich mehr unter jüdischen Freund*innen und in Synagogen aufzuhalten (I_7, Z. 565). Insgesamt, so beobachtet ein*e Interviewpartner*in, sei man viel stärker in der jüdischen Gemeinschaft zusammengedrückt (I_6, Z. 534).

4.2.4 Geäußerte Bedarfe und Leerstellen

Im Rahmen der Interviews äußerten alle Interviewpartner*innen verschiedene Bedarfe, die an dieser Stelle zusammenfassend dargestellt werden. Insgesamt lässt sich festhalten, dass zahlreiche Befragte eine gesellschaftliche Beschäftigung mit dem gegenwärtigen jüdischen Leben in seiner Vielschichtigkeit befürworten, um diese Beziehung einerseits zu normalisieren, (historischen) antisemitischen Vorurteilen zu begegnen und andererseits für die Betroffenenperspektive zu sensibilisieren (I_4, Z. 302; I_5, Z. 917; I_6, Z. 654; I_7, Z. 429). Insbesondere der letzte Punkt nimmt für eine befragte Person einen besonderen Stellenwert ein, denn als sie

„angefangen habe zu unterrichten, dachte ich immer, ja, wir sollen das Judentum doch normalisieren, dass das nicht mehr so was Besonderes ist. Aber mittlerweile habe ich meine Meinung darüber geändert. Ich habe gemeint, jetzt ist es ganz gut, dass es in Deutschland diese Sensibilität gibt, dass (...) jüdisches Leben geschützt werden muss“ (I_1, Z. 458).

Diese Sensibilisierung betrifft nicht nur den Bereich der historischen Bildung, sondern ist ein expliziter Appell, sich mit dem gegenwärtigen Antisemitismus, insbesondere nach dem 7. Oktober, zu befassen – mit aktuellen Familiengeschichten und Biografien (I_8, Z. 699), um der ebenfalls häufig genannten Tendenz der Historisierung antisemitischer Gewalt zu begegnen, die diese ausschließlich zu einem Thema der Vergangenheit mache (I_6, 584; I_4, Z. 544). Hier schließt zugleich der Wunsch an, diese Auseinandersetzung systematisch zu fördern und durch eine angemessene Ausbildung (insbesondere für Lehrkräfte) zu ermöglichen: „Es kann nicht sein, dass das einzelne aktive Lehrkräfte machen, die entweder betroffen sind oder halt Historiker sind und deswegen irgendwie sich dazu befähigt fühlen“ (I_4, Z. 610), sagt beispielsweise eine befragte Person und ergänzt: „Es findet keine flächendeckende Aufklärung statt. Alles ist irgendwie so freiwillig. Alles hängt von engagierten Lehrkräften ab oder von interessierten Schülerinnen“ (ebd., Z. 671) – gleichzeitig fehlten ihr die Werkzeuge, auf tagesaktuelle Entwicklungen (z.B. „ Hamas-Propaganda“) angemessen zu reagieren (ebd., Z. 49). Hieran schließt auch die Beobachtung an, dass es nicht nur an einer entsprechenden inhaltlichen Vorbereitung auf Themen abseits von Nationalsozialismus und Erinnerungskultur mangle (I_6, Z. 736), sondern auch

an der Sichtbarkeit von Bildungsangeboten (I_7, Z. 793; Z. 939). Interessierte Bildner*innen seien somit vielfach auf eigene Recherchen angewiesen, was nicht nur umständlich sei, sondern zugleich die Herausforderung mit sich bringe, qualitativ hochwertiges Material zu identifizieren.

Dieser Mangel wird insbesondere im Umgang mit gegenwärtigen Formen des Antisemitismus besonders deutlich: „Es gibt schon so einen Konsens in der Schülerschaft, dass die NS-Verbrechen grausam und schrecklich waren und verurteilt werden. Und trotzdem, ja, sagen die sowas wie: ja Israel macht ja jetzt das gleiche, die führen auch einen Genozid durch“ (I_4, Z. 653).

Hier braucht es Ansätze, die in der Bildung gegen Antisemitismus tätige Praktiker*innen dabei unterstützen, Aktualisierungen antisemitischer Vorstellungen zu thematisieren: „[W]eil ein Teil des Antisemitismus funktioniert ja so, dass man den Juden die Menschlichkeit abspricht“ (I_8, Z. 729). Auch aktuelle Varianten antisemitischer Dehumanisierung müssen im Rahmen von Fortbildungen ihren Platz bekommen. Darüber hinaus geht aus dem vorangegangenen Zitat hervor, dass eine Auseinandersetzung mit der Geschichte der Judenverfolgung nicht immer ausreichend über die Funktionsweise antisemitischer Vorstellungen aufklärt.

Schließlich fordern einige Befragte strengere Vorgaben, was die Bekämpfung des Antisemitismus betrifft: Die Vorschläge reichen hier von verpflichtenden Aus- und Fortbildungen (insbesondere für in der Schule Tätige) (I_8, Z. 780), über die Befürwortung repressiver Maßnahmen (I_7, Z. 954) bis zur Einrichtung von Safer Spaces für Betroffene in verschiedenen Bildungskontexten (I_9, Z. 563).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass insbesondere Fortbildungen zu aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus (v.a. solche mit Israelbezug) und Aufklärung über gegenwärtiges jüdisches Leben und dessen Bedrohung gefordert werden. Zugleich überwiegt der Wunsch, diese Fortbildungen verpflichtend anzubieten oder systematisch anzugehen. Wie bereits aus den vorangegangenen Abschnitten hervorgeht, bezieht dies explizit auch die Menschen ein, die in den verschiedenen Bildungskontexten tätig sind.

5. Inhaltliche Auswertung der Präventionslandschaft Nordrhein-Westfalens

Mit der Vorstellung des 10-Punkte-Plans gegen Antisemitismus der Landesregierung im November 2023 rückten Präventions- und Bildungsprojekte gegen Antisemitismus verstärkt in den Fokus öffentlichen Interesses.¹⁶ Gleichzeitig stellte die seit dem 7. Oktober 2023 zunehmende Eskalation antisemitischer Dynamiken die bereits bestehende Bildungs- und Präventionslandschaft vor völlig neue Herausforderungen. Die in dieser Teiluntersuchung vorgenommene Analyse nimmt dieses Tätigkeitsfeld in den Blick.

Wesentliches Einschluss- und Ausschlusskriterium für diese Untersuchung war eine Förderung durch das Land Nordrhein-Westfalen. Darüber hinaus wurden insbesondere diejenigen Projekte berücksichtigt, deren Förderrahmen den einer Einzelveranstaltung überschreitet (s. unten). Sollten Einzelveranstaltungen berücksichtigt worden sein, so waren diese als Angebote bereits berücksichtigter Träger Teil der Untersuchung oder Bestandteil institutioneller Programme (z.B. als interne Fortbildung etc.).

5.1 Beschreibung des Vorgehens

Ausgehend von den beschriebenen Einschluss- und Ausschlusskriterien wurden Maßnahmen des Landes NRW untersucht, die dem Bereich der Antisemitismusprävention zuzuordnen sind. In einem vorgelagerten Schritt wurden zunächst sämtliche Maßnahmen betrachtet (5.2.1), anschließend standen lediglich jene Projekte und Programme im Fokus, die qua Förderung zum ‚festen‘ Bestandteil der landesweiten Antisemitismusprävention zählen, das heißt nicht nur punktuell und/oder intern angeboten werden, sondern für Institutionen, interessierte Bürger*innen und Multiplikator*innen.¹⁷

16 <https://www.land.nrw/pressemitteilung/landesregierung-stellt-10-punkte-plan-gegen-antisemitismus-vor-und-startet> (Zuletzt aufgerufen: 01.03.2026).

17 Ausgenommen von der inhaltlichen Betrachtung der Fortbildungsangebote sind daher auch das Ministerium der Justiz sowie das Innenministerium NRW – sie tauchen allerdings in der quantitativen Gesamtübersicht auf.

5.2 Inhaltliche Auswertung: Ergebnisse

5.2.1 Überblick: Thematische Ausrichtung, Formate

Die *Gesamtmaßnahmen* aller Ministerien¹⁸ lassen sich im Rahmen unserer Auswertung auf die Themenbereiche Antisemitismus (rund ein Drittel), Erinnerung (maximal 15 %) und Veranstaltungen mit einem allgemeinen Zugang (circa die Hälfte) aufgliedern. Ein allgemeiner Zugang besteht in Fällen, in denen nicht ausschließlich oder explizit Antisemitismus im Mittelpunkt der Veranstaltung steht. Häufig handelt es sich dabei um Veranstaltungen mit einem breiteren Fokus, z.B. Extremismus, Vorurteile oder Demokratiebildung. Veranstaltungen mit einem Fokus auf Erinnerung bzw. historische Dimensionen des Antisemitismus fallen häufig in die Zuständigkeit lokaler Akteur*innen (Kommunen, Gedenkstätten, Archive), gleichwohl sind sie ein fester Bestandteil landesweiter Förderprogramme.

Im Überblick über die nach den Einschlusskriterien identifizierbaren Angeboten lassen sich auf der Ebene der Formate Begegnungsprojekte (dialogorientiert sowie Bildungsreisen bzw. Austauschprogramme), Angebote zur Radikalisierungsprävention, Angebote „antisemitismuskritischer Bildung“, Beratungs- und Begleitungsangebote für von Antisemitismus Betroffene sowie (zwei) andere Angebote unterscheiden (s. unten).¹⁹

¹⁸ Siehe dazu den Schriftlichen Bericht der Ministerin für Kultur und Wissenschaft an den Hauptausschuss „Maßnahmen und Förderprogramme der Landesregierung zur Vorbeugung und Bekämpfung von Antisemitismus“ vom 14. Mai 2025 (Vorlage 18/3904).

¹⁹ Hier ist darauf hinzuweisen, dass nicht alle identifizierten Angebote Informationen zur Verfügung stellen, die eine Einordnung erlauben. Diese konnten hier nicht einbezogen werden.

Begegnungsformate unterschiedlicher Ausprägung

- In einem Cluster von Angeboten steht der Dialog als Schlagwort im Vordergrund. Spezifischer anvisierte Zielgruppen werden bei fast allen der dialogischen Angebote nicht genannt; lediglich bei Angeboten explizit interreligiösen Dialogs – z.B. gemeinsames Iftar (Fastenbrechen) oder Purim – lassen sich Zielgruppen indirekt, im Umfeld von Kirchen-, Synagogen- und Moscheegemeinden identifizieren. Ein spezifisches dialogisch orientiertes Projekt richtet sich dezidiert an Akteur*innen der politischen Bildung, um Austausch und Vernetzungen anzuregen. Lediglich in diesem Fall wird Antisemitismus explizit benannt; in einem Angebot zum interreligiösen Dialog wird der 7. Oktober 2023 adressiert.
- Ein zweites Cluster von Angeboten innerhalb des Bereichs sind Bildungsreisen. Wo sich entsprechende Angebote nicht dezidiert an Schulen richten, werden keine Zielgruppen genannt. Mehrheitlich wird ein erinnerungskultureller Schwerpunkt gesetzt (Gedenkstättenfahrten im In- und Ausland). Zum Cluster gehört ein Austauschprogramm für Schüler*innen nach Israel und in die Palästinensischen Gebiete (ohne Antisemitismus als Thema in diesem Kontext zu benennen).

Angebote zur Radikalisierungsprävention

- Mehrheitlich im Bereich Strafvollzug und Justiz angesiedelt, werden als Zielgruppen sowohl Beamte*innen/Angestellte (allgemein wie in einem Fall in spezifischer Funktion) als auch Strafgefangene angesprochen. Antisemitismus ist hier mit einer Ausnahme (mit Bezug auf Verschwörungsvorstellungen) ein Unterthema neben anderen oder wird nicht explizit benannt. Im Mittelpunkt stehen mehrheitlich Diversitätskompetenzen sowie Kompetenzen im Umgang mit Medien sowie (zu erwerbende) Ambiguitätstoleranz.²⁰

²⁰ Hervorhebenswert erscheint ein Format, das parallel sowohl mit Strafgefangenen wie mit Vollzugsbeamte*innen o.ä. arbeitet und zumindest potenziell aufeinander bezogene Lernprozesse in der jeweiligen Einrichtung anstoßen und/oder begleiten könnte.

Angebote explizit antisemitismuskritischer Bildung und Vermittlung

- Die Zielgruppen dieser Angebote werden vielfach in Bildungseinrichtungen, vor allem an Schulen, in etwas geringerem Volumen an außerschulischen Bildungseinrichtungen sowie Hochschulen, verortet. Daneben werden Behörden, Vereine o.ä. genannt bzw. in einigen Fällen generell allgemeinere, offener Formulierungen gewählt. In diesem Bereich gibt es Überschneidungen mit Angeboten zur Vermittlung von Wissen über aktuelles jüdisches Leben und hier auch mit Begegnungsformaten. In jedem Fall wird Antisemitismus entweder ins Zentrum gestellt oder als im Zusammenhang wesentlich benannt.

In den Formaten werden sowohl Workshops o.ä. angeboten als auch Lernmaterial (digital wie analog) zur Verfügung gestellt. In einem Fall wird israelbezogener Antisemitismus ins Zentrum gerückt; in einem anderen Projekt wird explizit auf die Zusammenhänge von „Antisemitismus- und Rassismuskritik“ nach dem 7. Oktober 2023 fokussiert (hier wird keine konkrete Zielgruppe genannt).

Beratung und Begleitung für von Antisemitismus Betroffene

- Diese Angebote adressieren explizit von Antisemitismus Betroffene, deren Angehörige sowie Zeug*innen von Vorfällen. Sie sind regional verankert. Alle Beratung anbietenden Institutionen sind auch mit Bildungsangeboten präsent.

Andere Angebote

- Ein Bildungs- und Beratungsprojekt bietet Prozessbegleitung und Qualifizierung im Themenfeld Antisemitismus für kommunale Einrichtungen an. Eine geförderte Maßnahme unterstützt die eigenständige Durchführung von Fachtagen (auch) zum Thema Antisemitismus in schulischen und außerschulischen Bildungsinstitutionen.

5.2.2 Inhalte und Struktur landesweiter Angebote

Den unterschiedlichen Formaten der Angebote entsprechend, lassen sich Zielvorstellungen bzw. Ziele, die mit oder bei den Adressat*innen erreicht werden sollen, nur eingeschränkt konkretisieren. Ein Bildungserfolg lässt sich im hier relevanten Feld nicht in quantifizierbarer Form messen und liegt im Regelfall zeitlich ‚danach‘, das heißt außerhalb des Zugangs von Bildungsträgern.

Soweit aus den öffentlich zugänglichen bzw. öffentlich gemachten Materialien und Beschreibungen erkennbar ist, werden für die absolute Mehrheit der Angebote sehr allgemeine bis relativ allgemeine Zielvorstellungen formuliert. Diese reichen vom „gegenseitigen Verständnis“, das durch ein (dialogisches) Begegnungsformat zu gewinnen sei, über zu machende Erfahrungen oder erweitertes Wissen, bis hin zu bestimmten Kompetenzen, die erworben werden sollen. Insgesamt bleiben alle Formulierungen relativ deutungs offen.

Vor allem die Optionen im Bereich „Angebote antisemitismuskritischer Bildung“, beschreiben ihre Inhalte etwas konkreter und differenzieren zum Teil nach unterschiedlichen Aspekten und Ausprägungen des Phänomens Antisemitismus, z.B. nach historischen oder politischen Dimensionen. Gleichwohl entsteht allgemein der Eindruck, dass die Auswahl von Angeboten für an Antisemitismuskritik Interessierte aufgrund tendenziell selbstreferenzieller Sprache bzw. Bezeichnungen schwierig sein könnte, insbesondere wenn ein konkreter Bedarf in einem bestimmten, dann wohl meist stark gegenwartsbezogenen Bereich antisemitischer Phänomene besteht und jemand nicht grundlegend mit dem Vokabular der politischen Bildung vertraut ist.

Die Bedeutung der Massaker vom 7. Oktober 2023 im Süden Israels und deren globale Wirkungen wird demgegenüber nur in wenigen Fällen expliziert. Zumindest verteilt sich die explizite Nennung des Datums auf unterschiedliche Bereiche von Angebotsformaten (Bildung, Dialog).

Wenn Zielgruppen benannt werden, schwankt diese Benennung in ihrer Konkretisierung mit den Formaten der Angebote. In Justiz und Strafvollzug ist die Benennung entsprechend der Geschlossenheit der Anstalten am klarsten. Je weniger spezifisch ein Ziel formuliert wird bzw. werden kann, umso unkonkreter wird in der Regel hier auch die Zielgruppe. Sowohl in Bezug auf außerschulische und auf nicht-inhaftierte Zielgruppen entsteht der Eindruck einer (noch) geringeren Abdeckung – insbesondere mit Blick auf Lehrkräfte: Hier liegen durchaus Angebote vor, die jedoch keinen systematischen Charakter aufweisen. Somit gibt es innerhalb der Lehrkräfteausbildung keine verpflichtende Beschäftigung mit dem Themenfeld Antisemitismus. Im

Fort- und Weiterbildungsbereich wurden hier landesweit Programme entwickelt.²¹ Ebenso sind die großen Städte des Rheinlands und dem folgend das (östliche) Ruhrgebiet repräsentiert, inwieweit kleinere Städte und der ländliche Raum im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungszahl erfasst werden, bleibt häufig offen bzw. zweifelhaft.

Auf Basis der öffentlich zugänglichen bzw. öffentlich gemachten Materialien und Beschreibungen lassen sich zudem keine allen Angeboten gemeinsamen Standards oder Gütekriterien erkennen, die das Themenfeld „Antisemitismus“ betreffen. Der Begriff von Antisemitismus im Kontext der Angebotsbeschreibungen wird in der Regel nicht weiter expliziert; beispielsweise wird nur in Ausnahmefällen auf eine gängige Antisemitismusdefinition (z.B. die IHRA-Arbeitsdefinition) Bezug genommen. Ganz ähnlich werden didaktische Ausrichtungen lediglich angedeutet oder implizit erkennbar.

5.3 Präventions- und Bildungsarbeit in NRW: eine Zusammenfassung

Es zeigt sich, dass es in den Angeboten eine deutliche Lücke im Verhältnis zu den Bedarfen gibt, die aus den Schulen und sonstigen Institutionen kommuniziert werden. Dezidiert fehlen mehr Formate, die Hilfestellung und Unterstützung für die didaktische Gestaltung von Unterricht und Bildung gegen Antisemitismus bereitstellen. Zudem müssten solche Angebote eine große Breitenwirkung und niedrige Zugangsschwelle haben, d.h. Zugang zu ihnen für eine möglichst große Zahl an Interessent*innen in einem jeweils sehr kurzen bis spontanen Zeit-/Entscheidungsfenster ermöglichen. Von der Feststellung eines Bedarfs zur Entscheidung, Unterstützung in Anspruch zu nehmen und dem Besuch eines Formats, in dem dies stattfindet, muss die geringste mögliche Zeitspanne liegen.

Ebenso erscheint die Möglichkeit zur inhaltlichen Unterscheidung und entsprechend erleichterten Auswahl eines für einen individuellen Bedarf passenden Angebots tendenziell erschwert, insbesondere wo Vertrautheit mit dem Vokabular der politischen Bildung nicht vorausgesetzt werden kann. Wo zudem von außen erkennbare Unterschiede in didaktischer Ausrichtung und/oder thematischer Inhalte sowie gemeinsame Standards nicht erkennbar sind, wird die Kombination verschiedener Angebote unterschiedlicher Anbieter kaum gefördert.

²¹ Siehe dazu den Runderlass vom 5. Dezember 2025: <https://bass.schule.nrw/20240.htm>

Inhaltlich erscheinen die heute unverkennbaren globalen Dimensionen von Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert sowie dessen Vielschichtigkeit als Phänomen wenig repräsentiert. Wie im Bereich der Forschung zur extremen Rechten vollzieht sich die Ergänzung einer akteurszentrierten Perspektive (auf Parteien, klassische politische Spektren etc.) durch phänomenspezifische Zugänge nur langsam bzw. ist in den betrachteten Angeboten nur angedeutet. Klarere, auch von außen intuitiv erfassbare Module, die Funktionen, Geschichte und Ausprägungen von Antisemitismus thematisieren (Was ist Antisemitismus? Wie funktioniert er?) finden sich nur in geringem Maße, ebenso wenig Angebote, die den Unterschied zu anderen Formen von Menschenfeindschaft in den Blick nehmen (Antisemitismus und Rassismus – Gemeinsamkeiten und Unterschiede, u.ä.).

Die Formate könnten zukünftig beispielsweise auf drei Ebenen ausgerichtet sein, um den Bedarfen gerecht zu werden. Erstens müsste es darum gehen, Inhalte in Bezug auf den Antisemitismus und seine spezifische Funktionsweise klar und strukturiert zu vermitteln. Eine Arbeit, die zumindest teilweise an Beispielen orientiert ist, bietet sich an, um die Überführung in und die Aneignung für eigenes Unterrichtsmaterial zu erleichtern. Zweitens muss didaktisch der Zugang für die Teilnehmenden selbst ermöglicht werden, um dann den Teilnehmenden zu ermöglichen, einen Zugang für Schüler*innen etc. herstellen zu können. Wiederum erscheint ein teilweise exemplarisches und interaktives Vorgehen dafür geeignet, das zudem die Schwierigkeit thematisiert, dass alle Zugänge zu Antisemitismus bei allen Beteiligten mit starken Emotionen und Affekten, mit Abwehr und Entlastungsstrategien verbunden sein können. Drittens muss ein wesentliches Ziel aller Formate sein, die Teilnehmenden in ihrem Umgang mit Antisemitismus zu stärken, Unsicherheiten abzubauen, Selbstbewusstsein und Selbstwirksamkeit zu erzeugen. Insbesondere muss es darum gehen, die Überzeugung zu bekräftigen, die in Bezug auf die Mehrheit aller sonstigen Unterrichtsgegenstände unhinterfragt gilt: dass die eigenen pädagogischen Instrumente, das Wort und das Argument, aber auch die Grenzziehung, auch hier gelten und geeignete Mittel sind.

6. Zusammenfassung aller Handlungsimplicationen

Was braucht die Bildungs- und Präventionsarbeit gegen Antisemitismus heute?

Zur Beantwortung dieser Frage wurden mithilfe von Umfragen und Interviews Bedarfe für verschiedene Bildungsbereiche identifiziert, die hier abschließend knapp zusammengefasst werden.

Thematisch:

1. Im Hinblick auf die thematische Ausrichtung wurden verschiedene Aspekte genannt. Hier zeigt sich deutlich, dass insbesondere Material und Fortbildungsangebote zum Themenfeld „Nahostkonflikt“ sowie zum israelbezogenen Antisemitismus benötigt werden.

Darüber hinaus braucht es phänomenspezifische Zugänge zum Thema Antisemitismus, die die mit ihm verbundene Bildsprache sowie seine Funktionsweise aufgreifen (Was ist Antisemitismus? Wie funktioniert er?).

Schließlich wird auch der Bedarf geäußert, gegenwärtiges jüdisches Leben einerseits unabhängig vom Antisemitismus in seiner Diversität zu thematisieren; gleichzeitig soll über die Perspektive der von Antisemitismus Betroffenen berichtet werden.

Methodisch:

2. Im Hinblick auf die verschiedenen untersuchten Formate und die geäußerten Bedarfe braucht es zudem eine stärkere Auseinandersetzung mit der Angemessenheit von Formaten. Für welche Adressat*innen sind diese geeignet? Wie unterscheidet sich z.B. ein Gedenkstättenbesuch von einem Workshop zum Thema „Nahostkonflikt“?

Schließlich braucht es auch Angebote für Betroffene, beispielsweise in Form von Sicherheitskonzepten oder Empowerment-Workshops.

Allgemeine Aspekte antisemitismuskritischer Bildungsarbeit:

3. Abschließend hat die Analyse gezeigt, dass gerade die Vielschichtigkeit des Gegenstandes „Antisemitismus“ eine klare Ausrichtung der Bildungs- und Präventionsarbeit benötigt, die hier skizziert wird:

Zielformulierungen:

- Was sind die Ziele einer Maßnahme, eines Projektes, eines Programms im Hinblick auf den Gegenstand „Antisemitismus“? Hier wäre zum Beispiel zu unterscheiden zwischen Programmen, die über den Gegenstand bilden (Funktionalität, Geschichte, Bilder) und eher erlebnisorientierten Zugängen (Begegnung, Empathie) bzw. zwischen kognitiv-analytischen und erfahrungsbasierten, affektiv-sensibilisierenden Zugängen.²²

Wie bereits unter (2) thematisiert, eignet sich nicht jedes Format gleichermaßen für alle Ziele. Es muss klar sein, ob und inwiefern ein Angebot über Antisemitismus aufklärt, wie es dieses Ziel erreichen möchte und ob das gewählte Format geeignet ist.

Standards:

- Neben klaren Zielvorgaben braucht es eine Einigung über einheitliche Standards, die die Orientierung im Feld erleichtern. Erreicht werden könnte dies beispielsweise über die Zuhilfenahme orientierender Antisemitismus-Definitionen, den Umgang mit Repression betreffenden Fragen und schließlich die Verzahnung und Visualisierung geförderter Programme.

²² Zur Orientierung sei auch auf Olaf Kistenmachers Konzeptpapier (2025) verwiesen.

7. Literaturverzeichnis

- Bernstein, J. (2020). *Antisemitismus an Schulen in Deutschland: Befunde – Analysen – Handlungsoptionen*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Bernstein, J., Grimm, M. & Müller, S. (Hrsg.) (2022). *Schule als Spiegel der Gesellschaft: Antisemitismen erkennen und handeln*. Antisemitismus und Bildung. Frankfurt/M: Wochenschau Verlag.
- Beyer, H. & Goldkuhle, B. (2024). Möglichkeitsräume für Antisemitismus? Zur Öffnung politisch-kultureller Gelegenheitsstrukturen während der Eskalationsphasen des „Nah-ostkonflikts“ *Politische Vierteljahresschrift*, 65(4), 691–710.
- Beyer, H., Rensmann, L., Brögeler, H. Jäger, D. & Schulz, C. (2024). *Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft von Nordrhein-Westfalen im Jahr 2024* Düsseldorf: Die Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen.
- Bundesverband RIAS (2023). *Antisemitische Reaktionen auf den 07. Oktober. Antisemitische Vorfälle in Deutschland im Kontext der Massaker und des Krieges in Israel und Gaza zwischen dem 07. Oktober und 09. November 2023* (Online verfügbar: https://report-antisemitism.de/documents/2023-11-28_antisemitische_reaktionen_in_deutschland_auf_die_hamas-massaker_in_israel_2.pdf).
- Bundesverband RIAS (Hrsg.) (2025). *Politischer Antisemitismus in Deutschland seit dem 7. Oktober 2023. Dynamiken – Akteure – Wirkungen*. Berlin (Online verfügbar: https://report-antisemitism.de/documents/25-10-06_BVRIAS_Politischer-Antisemitismus-7-Oktober.pdf).
- The Center for the Study of Contemporary European Jewry (2025). *Antisemitism Worldwide*. Report for 2024. Tel Aviv: Tel Aviv University.
- Chernivsky, M. & Lorenz, F. (2020). *Antisemitismus im Kontext Schule: Deutungen und Umgangsweisen von Lehrer*innen an Berliner Schulen*. Berlin: Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment (Online verfügbar: <https://koas-bildungundforschung.de/wp-content/uploads/2025/06/Antisemitismus-im-Kontext-Schule-%E2%80%93-Deutungen-und-Umgangsweisen-von-Lehrerinnen-an-Berliner-Schulen.pdf>).
- Chernivsky, M. & Lorenz-Sinai, F. (2022). Perspektivendivergenz in der Antizipation und Einordnung antisemitischer Gewalt im Kontext Schule. In Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Jüdisches Leben in Deutschland* (S. 252-262). Bonn: BpB.

- European Union Agency for Fundamental Rights (2024). *Jewish People's Experiences and Perceptions of Antisemitism: EU Survey of Jewish People*. Luxemburg: Publications Office.
- Europäische Kommission (Hrsg.) (2021). *Handbuch zur praktischen Anwendung der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus*. Luxemburg: Publications Office (Online verfügbar: <https://data.europa.eu/doi/10.2838/687372>).
- Grimm, M. & Beer, F. (2025). Eine sichere Schule für Jüdinnen und Juden. Ein Leitfaden für die antisemitismuskritische Schulentwicklungsarbeit in 35 Fragen und Antworten. *Empathia³ Working Paper Series*, 2 (Online verfügbar: <https://omp.ub.rub.de/index.php/Empathia3/catalog/view/330/313/1849>).
- Hinz, T. Marczuk, A., Multus, F. (2025). Antisemitismus und pro-palästinensische Proteste an deutschen Hochschulen: Befragungsergebnisse bei Studierenden und Hochschulleitungen. *Working Paper Nr. 43*, Cluster of Excellence "The Politics of Inequality". Konstanz: Universität Konstanz (Online verfügbar: https://www.bmftr.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/2025/studie_antisemitismus_an_hs.pdf?__blob=publicationFile&v=1).
- Kistenmacher, O. (2025). *Politische Bildung zum israelbezogenen Antisemitismus und zum „Nahostkonflikt“ nach dem 7. Oktober 2023. Konzepte für die Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen*. Köln: Kölnische Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit e.V. (Online verfügbar: https://koelnische-gesellschaft.de/wp-content/uploads/Broschuere_Konzeptpapier-Kistenmacher_final.pdf).
- Leemhuis, R. (2019). *The Anti-Semitic Boycott Campaign Against Israel. Substance, Goals, Counterstrategies*. Berlin: American Jewish Committee Germany/Berlin Ramer Institute (Online verfügbar: https://ajcgermany.org/system/files/document/2019%20AJC%20Berlin_BDS%20Broschure_EN-1.pdf).
- Recherche- und Informationsstelle Nordrhein-Westfalen (2025). *Antisemitische Vorfälle in Nordrhein-Westfalen 2024*. Düsseldorf: RIAS NRW (Online verfügbar: https://www.report-antisemitism.de/documents/Jahresbericht_2024_RIAS_NRW.pdf).
- Rosenthal, G. (2014). *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung* (4. Aufl). Weinheim und Basel: Beltz/Juventa.
- SABRA, Bagrut e.V. & Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V. (Hrsg.) (2020). *Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen: Wahrnehmungen und Erfahrungen jüdischer Menschen*. Düsseldorf: Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen

(Online verfügbar: https://report-antisemitism.de/documents/2020-09-07_rias-bund_sabra_Problembeschreibung-Antisemitismus-in-NRW.pdf).

Salzmann, S. (2024). Israelbezogener Antisemitismus im Schulunterricht: Überlegungen am Beispiel einer Fallanalyse. In E. Firsova-Eckert & K. E. Schubert (Hrsg.), *Israelbezogener Antisemitismus, der Nahostkonflikt und Bildung. Analysen und didaktische Impulse* (S. 48-64). Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Schnabel, D. (Hrsg.) (2024). *Der 7. Oktober, der Krieg in Gaza und die Folgen an Schulen in Deutschland. Eine Umfrage der Bildungsstätte Anne Frank unter Lehrkräften*. Frankfurt/M: Bildungsstätte Anne Frank (Online verfügbar: https://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Publikationen/Brosch%C3%BCren/BSAF_2024-3009_7._Oktober_Lehrkr%C3%A4fte-Umfrage.pdf).